

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 • 82323 Tutzing • Telefon 08158/256-0 • Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> • E-mail: B.Bachmann@apb-tutzing.de



Berliner Perspektiven



Wird am neuen Ort auch neue Politik gemacht? Der Umzug von Regierung und Parlament aus dem beschaulichen Bonn in die Metropole Berlin löste ein hitziges Für und Wider dieser Frage aus. Ging eine Epoche zuende und bricht eine neue Ära der Politik in Deutschland an? Was sind die Aufgaben und Herausforderungen in einem vom Kommunismus befreiten Europa, denen sich deutsche Politik im neuen Jahrhundert zu stellen hat? In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk lud die Akademie Wissenschaftler, politische Akteure und Journalisten aus dem In- und Ausland ein, die „Berliner Perspektiven“ zu ergründen. **Seite 7**

Foto: Reichstagskuppel von Oliver Traxel
(Internet: <http://www.traxel.de>)

Europas Christdemokraten in der Krise

Sind Europas Christdemokraten zukunftsfähig? Diese Frage stellt sich nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Krise in der CDU Deutschlands. Auch in anderen Staaten Europas mit Ausnahme Spaniens scheint das Zeitalter der christlich-demokratischen und konservativen Parteien von einem sozialdemokratischen Zeitalter abgelöst zu werden. Deutsche und ausländische Wissenschaftler, Politiker und Journalisten analysierten sowohl die deutsche wie auch die europäische Situation der christlich-demokratischen Parteien und diskutierten über deren Zukunft. **Seite 3**

Wege aus der Globalisierungsfalle

Die Globalisierung der Wirtschaft sorgt national und international für kontroverse Diskussionen. Wenn staatliche Grenzen für wirtschaftliches Handeln keine Rolle mehr spielen und das Internet in Sekundenschnelle Informationen um den Globus trägt, stellt sich die Frage nach den verbliebenen Einflussmöglichkeiten der Politik. Wer steuert die Prozesse, die die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen gestalten? Bedeutet Globalisierung gar das Ende von Demokratie und Politik? Wissenschaftler suchten nach Antworten. **Seite 5**

Fundgrube Internet

Das Internet wird immer mehr zum Massenmedium und hat seinen Weg längst in die Schulen und in die politische Bildung gefunden. Wir haben empfehlenswerte Tipps für erfolgreiches Navigieren im Netz zusammengestellt. Bookmark-verdächtige Links zu den Themenbereichen Politik und politische Bildung auf **Seite 15**

Akademie im Internet:
<http://www.apb-tutzing.de>

Aktuelle Themen und Termine, die neuesten Programme und Informationen zur Akademiearbeit. Und online anmelden!

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|--------|
| <u>Christdemokraten in Europa:</u> | |
| Keine Patentrezepte für den Weg aus der Krise | 3 |
| Politische Bildung einmal anders | 4 |
| Wege aus der Globalisierungsfalle | 5 |
| <u>Berliner Perspektiven:</u> | |
| Neue Politik am neuen Ort? | 7 |
| Der Kosovo-Krieg in den Medien | 9 |
| Offene Grenzen - Gefahr für die innere Sicherheit? | 10 |
| Politik an der Leine der Verwaltung? | 11 |
| <u>Akademiegespräch im Landtag:</u> | |
| Rußland ohne Jelzin | 12 |
| <u>Medien und Politik:</u> | |
| Von Abgeordneten und Agenten | 13 |
| Fundgrube Internet | 15 |
| 1989: Die Überwindung der SED-Diktatur | 16 |
| Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter | 18 |
| Themen - Tagungen - Termine | 22 |
| Rezensionen - Neuerscheinungen-Publikationen | 27 |
| Namen und Nachrichten / Anmeldeformular | 28 |

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Hans **Maler**

Vorsitzender des Beirats:

Siegfried **Kett**

Kollegium:

Dr. Horst **Denzer**, Dozent
Grundsatzfragen von Staat und Politik,
Internat. Politik

Gebhard **Diemer**, M.A., Dozent
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Klaus **Grosch**
Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Dr. Peter **Hampe**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt
Wirtschaftsordnung, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Plazolo**, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:

Elke **Lelsching**
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: B.Bachmann@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Offsetdruck **Schwarz GmbH**
Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team **Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Christdemokraten in Europa:

Keine Patentrezepte für den Weg aus der Krise

Reinheit der Werte bringt noch keine Mehrheiten

Sind Europas Christdemokraten zukunftsfähig? Diese Frage stellt sich nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Krise in der CDU Deutschlands. Auch in anderen Staaten Europas mit Ausnahme Spaniens scheint das Zeitalter der christlich-demokratischen und konservativen Parteien von einem sozialdemokratischen Zeitalter abgelöst zu werden. Anlaß genug für die Akademie, deutsche und ausländische Wissenschaftler, Politiker und Journalisten einzuladen, um sowohl die deutsche als auch die europäische Situation der christlich-demokratischen Parteien zu analysieren und über ihre Zukunft zu diskutieren. Dabei sollte auch geklärt werden, ob es sich bei der Entwicklung der Christdemokraten um einen gesamteuropäischen Trend handelt oder ob die erkennbaren Ähnlichkeiten nur zufällig sind.

Über die europäischen Wurzeln der christlichen Demokratie referierte Prof. Dr. Hans Maier von der Universität München. Ihre maßgebliche Bedeutung hätten Parteien mit diesem



Hans Maier: Mehr Pragmatismus im Denken gefordert

Namen nach dem Zweiten Weltkrieg errungen. In den ersten Nachkriegswahlen gewannen sie unter anderem in Italien, Belgien und Frankreich eine führende Stellung und übernahmen auch in einigen anderen Ländern die Regierungsverantwortung. Von besonderer Bedeutung sei auch ihr maßgeblicher Einfluß auf die europäischen Geschehnisse in der Folgezeit. Maier stellte fest, daß „bis heute (...) die christliche Demokratie trotz massiver Rückschläge (...) eine maßgebliche Kraft in der europäischen Politik geblieben (ist)“. Laut Maier haben die

„großen Drei“, die „Democrazia Cristiana“ (DC) in Italien, die „Republikanische Volksbewegung“ (M.R.P.) in Frankreich sowie die CDU/CSU in Deutschland mit ihrem politischen Einfluss die Nachkriegspolitik in Europa spürbar bestimmt. Daneben gründeten sich nach dem Krieg vor allem in Belgien, Holland, Luxemburg und Österreich kleinere christliche Parteien mit zum Teil alter Tradition neu. In seinem Vortrag verschwieg Maier nicht, dass auch in Osteuropa in den ersten Nachkriegsjahren zahlreiche Gründungen von christlich-demokratischen Parteien zu beobachten waren. Diese wurden jedoch alsbald entweder verboten oder in das Blocksystem der jeweiligen Länder eingebunden und damit neutralisiert.

Anpassung an pluralistische Gesellschaft

Dass sich die großen Erfolge der ersten Nachkriegsjahre für die christliche Demokratie in Europa nicht wiederholten, liegt nach Maier daran, dass vor allem in Frankreich und Italien die christlich-demokratischen Parteien inzwischen bis auf kleine Reste verschwunden sind. Dazu kommt die unbefriedigende europäische Zusammenarbeit zwischen den einzelnen nationalen Parteiorganisationen. Maier sieht den Hauptgrund hierfür in der geringen programmatischen Schärfe

des Begriffs „christliche Demokratie“. Wichtig ist nach Maier weiterhin der Umstand, „daß die Stellung der einzelnen Parteien im jeweiligen Regierungssystem und innerhalb der jeweiligen nationalen Politik höchst unterschiedlich war, was zu einer verschiedenen Entwicklung der Programme und Tätigkeiten und gelegentlich zu Widersprüchen zwischen Idee und Realität der christlichen Demokratie führte“. In seinem Ausblick zeigte Maier auf, dass die christlich-demokratischen Parteien nur dann eine Zukunft haben, wenn sie ihre alten Strukturen - das Erbe der Konfessionspartei - den neuen Erfordernissen einer pluralistischen Gesellschaft anpassen. Damit meinte er vor allem mehr Pragmatismus im Denken.

Optimismus trotz Schwierigkeiten

Unter dem Thema „CDU und CSU im Abstieg?“ folgten Impulsreferate und eine Podiumsdiskussion. Teilnehmer



Parteienforscher Franz Walter von der Universität Göttingen

Fotos: Heine

waren Dr. Franz Walter von der Universität Göttingen, Prof. Dr. Hans-Joachim Vein von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Gerhard Hirscher von

der Hanns-Seidel-Stiftung und Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Tagungsleiter und Tutzinger Akademiedirektor. Bei der Diskussion zeigte sich die Schwierigkeit einer Prognose der weiteren Entwicklung. Alle Referenten hatten einerseits Argumente, die optimistisch für die Zukunft stimmten. Andererseits präsentierten sie Fakten, die die momentanen enormen Schwierigkeiten vor allem der CDU in ihrer eigenen programmatischen Ausrichtung deutlich belegten. Das kam auch in zum Teil unterschiedlichen Handlungsvorschlägen an die Adresse der CDU zum Ausdruck. In seiner Zusammenfassung stellte Oberreuter heraus, dass die Herausforderung beider christlicher Parteien in Deutschland in der Verbindung von Bewahrung elementarer Wertvorstellungen einerseits und der Offenheit gegenüber fortschrittlichen Entwicklungen andererseits läge. Mit der Reinheit der ideologischen Werte allein, so Oberreuter, würde keine Partei mehr eine Wahl gewinnen.

Sonderfall Spanien

Den Sonderfall innerhalb Europas erläuterte Luis Fraga Egusquiaguirre, Senator des Partido Popular (PP) aus Madrid. Spanien ist der einzige Staat



Der spanische Christdemokrat Luis Fraga Egusquiaguirre: Führung, Programm und gute Organisation wahlentscheidend

Westeuropas, in dem eine konservative Partei die Regierung stellt, und das sogar mit absoluter Mehrheit. Fraga gab während seiner Ausführungen zu, dass der Sieg des PP auch für die Partei selbst eine Überraschung war. Für ihn waren vier Faktoren letztendlich wahlentscheidend:

- klare politische Führung,
- gute Parteioorganisation,
- Unabhängigkeit gegenüber verschiedenen Lobbys und vor allem gegenüber politischem Druck aus der Baskenregion
- und ein glaubhaftes Programm für das Land, welches der spanischen Realität entspricht.

Fraga betonte in seinem Vortrag, dass der Erfolg des PP kein Erfolg der sogenannten Rechten sei, sondern ein Erfolg der Mitte.

Die Ursachen der eher marginalen Bedeutung der christlich-demokratischen Parteien in Mittel-osteuropa erläuterte Prof. Miklós Tomka von der Universität Budapest. Sie liegen nach seiner Erkenntnis zum einen in der hohen Säkularisierung dieser Länder und zum anderen in der mehrheitlich rein liberalen Ausrichtung der vorhandenen Oppositionsparteien.

Politische Bildung einmal anders

Politische Bildung einmal anders: Im Rahmen eines Fortbildungsseminars für bayerische Hauptschullehrkräfte unter Leitung von Peter Hampe wurden die Möglichkeiten von Projektarbeit in den Fächern der politischen Bildung ausgelotet. Die Präsentation der Ergebnisse durch die Teilnehmer erfolgte auch in Form einer szenischen Darstellung



Foto: Braun

Kein Patentrezept

In der Abschlussdiskussion wurden noch einmal die Schwierigkeiten bei der Definition des Begriffs „christlich-demokratisch“ deutlich, vor allem in Abgrenzung zum reinen Konservatismus. Es bestanden unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die Mehrheitsfähigkeit christlich-demokratischer Parteien wieder erreicht werden kann. Fazit der Tagung war, dass es kein Patentrezept gibt und deshalb die innerparteiliche Diskussion in den christlich-demokratischen Parteien umso notwendiger ist. Klar wurde aber auch, dass nur eine Partei, die breite Wählerschichten anspricht, in Zukunft mehrheitsfähig ist. Der Spielraum zur Abgrenzung zwischen potentiell mehrheitsfähigen Parteien ist geringer als je zuvor. ■

Ronny Heine

(siehe auch Presseschau Seite 21)

Wege aus der Globalisierungsfalle

Multinationale Wirtschaftsaktivitäten müssen nicht das Ende von Demokratie und Politik bedeuten

Kein anderes Thema sorgt über Ländergrenzen hinweg für soviel Diskussionsstoff wie die Globalisierung und ihre Folgen. In einer Zeit, in der staatliche Grenzen für wirtschaftliche Akteure keine Rolle mehr spielen, das Internet Informationen in Sekundenschnelle rund um den Globus transportiert und zugänglich macht, stellt sich die Frage: hat die Politik noch Einfluss auf diese Prozesse? Früher hat der Nationalstaat die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen geschaffen und ausgestaltet. Immer mehr Länder sind dazu nicht in der Lage. Wer steuert stattdessen diese Prozesse? Bedeutet Globalisierung nun das Ende von Politik und Demokratie? Wissenschaftler suchten auf einer Akademietagung nach Antworten.

Dass Globalisierung nicht nur auf ökonomischem Gebiet sondern vielmehr auch auf der kulturellen Ebene stattfindet, hielt Prof. Dr. Edgar Grande von der Technischen Universität München fest. Für ihn ist die Globalisierung ein Faktum und hat einschneidende Auswirkungen auf die



Edgar Grande: Welche Handlungsmöglichkeiten bleiben den Nationalstaaten? Fotos: Heine

Handlungsfähigkeiten von Nationalstaaten. Seine Kernfrage war, welche Handlungsmöglichkeiten unter welchen Bedingungen den Nationalstaaten verbleiben. Da es offensichtlich Staaten gibt, die einen Ausweg aus der sogenannten Globalisierungsfalle gefunden haben, folgerte Grande, dass es auch auf nationalstaatlicher Ebene noch erheblichen Handlungsspielraum geben muß. Als Beispiel führte er das

holländische Erfolgsmodell an. Hier sei es gelungen, trotz sehr hoher Exportabhängigkeit einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise der 80er Jahre zu finden. Für die Bundesrepublik konstatierte Grande, dass es ihr besonders schwer fällt, innovativ zu sein und politische Reformen auf den Weg zu bringen. Gerade das sei aber nötig, um der Globalisierung begegnen zu können. Die Konsequenz für die Bundesrepublik müsse, so Grande, die Umwandlung von einem allumfassenden Fürsorgestaat in einen Daseinsfürsorgestaat sein.

Krise der Politik

Prof. Dr. Michael Zürn referierte über die Möglichkeiten des Regierens im Zeitalter der Denationalisierung. Das Regieren zielt für ihn auf vier wesentliche Ziele ab: auf die innere und äußere Sicherheit, auf die Durchsetzung und institutionelle Absicherung der Rechtssicherheit, auf die Gewährleistung politischer Partizipation und auf ein Minimum von sozialer Wohlfahrt. Diese vier Ziele sind einerseits „normative Güter“, da sie von den meisten Menschen als wertvoll und wünschenswert angesehen werden, sie sind aber auch gleichzeitig „funktionale Güter“, da die dauerhafte Nichterreichung eines oder mehrerer Ziele die Krise der Politik anzeigen würde. Diese Ziele wurden in der Vergangenheit durch mächtige Nationalstaaten

erbracht, die ein Teil der Staatengemeinschaft waren. Im Zeitalter der Globalisierung können jedoch nach Ansicht von Zürn die Staaten diese Ziele in Eigenregie nicht mehr erfüllen, da Staatlichkeit im herkömmlichen Sinn immer mehr „zerfasert“. Demnach bedarf es internationaler Institutionen, um die bestehenden Probleme zu lösen. Für Zürn bedeutet Globalisierung deshalb Denationalisierung, die in der Tendenz in eine transnationale Zivilgesellschaft münden könnte.



Michael Zürn: Staatlichkeit zerfasert immer mehr

Mit der Globalisierung als Regionalisierung beschäftigte sich Prof. Dr. Werner Link von der Universität zu Köln. Globalisierung ist nach Links Aussagen im Kern eine ökonomische Regionalisierung. Das heutige Weltwirtschaftssystem ist durch eine Tripartitheit gekennzeichnet. Die Pole bilden dabei Nordamerika, die Europäische Union und Südostasien mit Japan. Link machte auf die Tatsache aufmerksam, dass 50 Prozent des Handels in diesen Regionen intraregional abgewickelt wird. Als Erklärung dieser Entwicklung führte Link an, dass die Globalisierung einen offenen Regionalismus ohne Marktabstottung begünstigt, denn nur durch politische Zusammenarbeit gebe es eine Chance, in einer globalisierten Welt zu be-

stehen. Demnach ist die Regionalisierung die weltweite Antwort auf die Globalisierung. Die Schrittmacher der Regionalisierung sind für Link die großen Mächte der jeweiligen Region. Der Hauptimpuls ging jedoch von den USA als Antwort auf den europäischen Binnenmarkt aus. Damit sei das Ziel regionaler Zusammenschlüsse nach außen klar erkennbar, nämlich die Ausbalancierung anderer Machtzentren. Für die Zukunft erwartet Link ein stärkeres Gewicht der Europäischen Union innerhalb der Triade und konstatiert eine bewegliche Ordnung in der Welt.



Henning Kloth: Gute Politik wird nicht unmöglich gemacht, schlechte erschwert

Als Vertreter des Institutes für Weltwirtschaft in Kiel hob Prof. Dr. Henning Kloth die Vorteile der Globalisierung hervor. Ein Kernpunkt seiner Ausführungen war die Aussage, dass die Globalisierung zwar „schlechte“ Politik erschwert, „gute“ Politik aber nicht unmöglich macht. Nach Kloth's Meinung werden in Zukunft alle Län-



Werner Link: Globalisierung bedeutet ökonomische Regionalisierung

Weltrepublik als Antwort

Für eine Weltdemokratie, sprich eine Weltrepublik, als Antwort auf die Globalisierung plädierte in seinem Referat der Tübinger Philosoph Prof. Dr. Otfried Höffe. Zwar ließen sich viele Aufgaben immer noch einzelstaatlich lösen, aber eine Weltrepublik könnte einen helfenden (subsidiären) und ergänzenden (komplementären) Rang einnehmen. Höffe hegt als Konsequenz seiner Gedanken die Hoffnung, dass der Mensch in Zukunft eine dreifache Bürgerschaft besitzt: „Primär ist man Deutscher, Franzose oder Italiener, sekundär Europabürger (oder Bürger Lateinamerikas, Afrikas...) und tertiär Weltbürger: Bürger einer subsidiären und föderalen Weltrepublik“. Über gegenwärtig praktikierbare Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung sprach zum Abschluss Dr. Wolfgang Reinicke von der Weltbank in Washington. Für ihn war be-

„Primär ist man Deutscher, Franzose oder Italiener, sekundär Europabürger und tertiär Weltbürger: Bürger einer subsidiären und föderalen Weltrepublik“

Otfried Höffe

der, die an der Globalisierung beteiligt sind, davon auch langfristig profitieren. Als ein Problem für die Zukunft sieht er jedoch die anhaltende Lohndifferenzierung zwischen hoch qualifizierter und einfacher Arbeit an. Hier sei es die Aufgabe der Politik, im Rahmen der realen Möglichkeiten entsprechende Lösungen zu finden.

sonders die Unterscheidung zwischen Globalisierung und Interdependenz wichtig. Interdependenz bezieht sich danach auf die staatliche, Globalisierung auf die gesellschaftliche Ebene. Um Lösungen für die Probleme der Globalisierung finden zu können, sind nach Ansicht von Reinicke offene, dezentrale Netzwerke nötig. In diesen

Netzwerken müssen sowohl die staatlichen, die zivilgesellschaftlichen als auch die privaten und kommerziellen Akteure vertreten sein. Reinicke weist den Netzwerken fünf Funktionen zu:

- Thematisierung globaler Probleme,
- Erstellung von Normen und internationalen Standards,
- Sammlung und Verbreitung von Informationen und Wissen weltweiter Ordnungspolitik,
- Erschließung neuer und Vertiefung vorhandener Märkte sowie
- Implementation.

Netzwerke müssen darüber hinaus auf praktische, greifbare Ergebnisse ausgerichtet sein. Daneben haben Netzwerke den positiven Effekt, dass sie der Vertrauensbildung und Kommunikation dienen, was nach Reinicke ein wesentlicher Gesichtspunkt ist. Bezugnehmend auf die gegenwärtigen Schwächen von Netzwerken sieht es Reinicke als ein Manko an, dass die Entwicklungsländer zum größten Teil nicht an Netzwerken beteiligt sind so-



Wolfgang Reinicke: Offene, zentrale Netzwerke sind nötig

wie den Widerstand einzelner Regierungen. Erfolgreich agierende Netzwerke müssten auf einen kleinen Ausschnitt von globalen Problemen begrenzt sein und bedürften einer zeitlichen Begrenzung.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter zog als Fazit, dass die Globalisierung keineswegs das Ende von Politik und Demokratie bedeuten müsse, wenn alle Akteure flexibler im Internationalismus agieren und neue Wege beschritten würden. Zumindest einige davon wurden auf der Tagung aufgezeigt. ■

Ronny Heine

Neue Politik am neuen Ort?

Wissenschaftler und Journalisten aus dem In- und Ausland über deutsche und europäische Politik nach dem Umzug vom Rhein an die Spree

„Kleider machen Leute“ so lautet ein bekanntes Sprichwort, gilt deshalb auch: „Macht die Stadt die Politik?“ Der Umzug von Regierung und Parlament aus dem beschaulichen Bonn in die Großstadt Berlin löste ein hitziges Für und Wider dieser Frage in der öffentlichen Diskussion aus. Manch einer sah mit dem Umzug vom Rhein an die Spree eine Epoche zuende gehen und eine neue politische Ära Deutschlands anbrechen. Steht nun Kontinuität versus Umbruch, Schwerpunktverlagerung von West nach Ost? Was sind die Aufgaben und Herausforderungen in einem vom Sozialismus befreiten Europa, denen sich Deutschland im neuen Jahrhundert zu stellen hat? In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk lud die Tutzinger Akademie Wissenschaftler, politische Akteure und Journalisten aus dem In- und Ausland dazu ein, die „Berliner Perspektiven“ zu ergründen.

Jenseits von Emotionen und Symbolen untersuchte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter die Bedeutung des Regierungsumzugs nach Berlin unter den Aspekten verfassungspolitische Grundentscheidungen und europäische Integration der Bundesrepublik. Nachdem er zu dem Schluss kam, dass sich auch eine Politik an der Spree dem Grundgesetz und der Westbindung Deutschlands verpflichtet wüsste und somit die drei Orte „Bonn - Berlin - Brüssel“ nicht gegeneinander auszuspielen, sondern vielmehr im Kontext eines kontinuierlichen Prozesses zu begreifen seien, referierten Dr. Stephan Martens von der Université Michel de Montaigne in Bordeaux und Kazimierz Wóycicki aus Krakau über die politische Verantwortung Deutschlands aus der Sicht seiner Nachbarn Frankreich und Polen.

Immerwährende Herausforderung

Die Umwälzungen in Osteuropa Ende der 80er Jahre hätten - so Martens - eine reale wie auch wahrgenommene Verschiebung der politischen Gewichte in Europa nach sich gezogen. Nachdem das europäische Gleichgewicht und Sicherheitssystem auf der Teilung Deutschlands basierten und diese auch als Grundlage für den Prozess der Aussöhnung zwischen Frankreich und

Westdeutschland gedient hätten, lautete nach dem Fall der Mauer die entscheidende Gretchenfrage Frankreichs: „Welches Deutschland soll es sein?“ Die deutsche Wiedervereinigung bedeute für Frankreich eine „im-



Stephan Martens: Vertrag von Maastricht als Ausgleich für die deutsche Einheit

merwährende geopolitische Herausforderung“, denn sie habe die Befürchtung geweckt, das europäische Kräfteverhältnis könne sich aufgrund der hohen Bevölkerungszahl, der zentralen Lage in Europa und seinem direkten Zugang zu den neuen Märkten im Osten einseitig zugunsten Deutschlands verschieben. So sei der Vertrag von Maastricht mit seinem Konzept

der „Vertiefung“ der EU und der daraus resultierenden stärkeren Einbindung Deutschlands in die europäischen Strukturen auch als ein Ausgleich für die Vereinigung zu verstehen. Die Aussöhnung zwischen den beiden Ländern ist nach Martens Einschätzung zu einem gelungenem Abschluss gelangt: Nach einem Generationenwechsel in der politischen Führung beider Nationen und gesellschaftspolitischen Veränderungen diesseits und jenseits des Rheins sei nun die Phase der „post-réconciliation“ angebrochen. Im zehnten Jahr nach der Wiedervereinigung könne man sagen, dass Deutschland mit seinen neuen Grenzen „nicht weniger europäisch geworden ist, sondern nur auf eine andere, weniger deutsch-französische Art“.

Gleichberechtigte Partner

Bei dem Thema „Deutschlands neue Verantwortung für den Osten“ warf Wóycicki die Frage auf, ob Deutschland Polen in Zukunft als Partner in der Ost-Politik anerkennen wird. Im Gegensatz zu Deutschland, das seine Ost-Beziehungen fast ausschließlich auf Moskau beschränke, seien für Polen die Kontakte zu den Nachbarn Ukraine und Weißrußland von großer Bedeutung. Wóycicki warnte davor, die europäische Ostpolitik auf Rußland zu beschränken und Polen bei ihrer Gestaltung außen vor zu lassen. Auch im Hinblick auf die deutsch-polnische Geschichte und ihre heutige Kulturbeziehung sprach Wóycicki den Wunsch aus, Deutschland möge seinem östlichen Nachbarn nicht nur mit Sympathie begegnen, sondern ihm den gleichen Respekt entgegenbringen wie seinen anderen Nachbarn. Wenn sich Polen und Deutschland in Zukunft als gleichberechtigte Partner verstehen wollen, hätte jedoch auch Polen Verantwortung für seinen Nachbarn zu übernehmen.

Rußland als NATO-Partner

Zu unterschiedlichen Beurteilungen der Westbindung Deutschlands und seiner Außenpolitik gelangten General a.D. Klaus Naumann und Prof. Dr. Christian Hacke von der Universität der Bundeswehr in Hamburg auf der einen und Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung auf der anderen Seite.

Das Bündnis der Westmächte, das nach Naumann auf einer gemeinsamen Wertorientierung basiere und Antwort gewesen sei auf die Bedrohung durch



Klaus Naumann: „Die NATO hat nichts von ihrer Dringlichkeit und Daseinsberechtigung eingebüßt.“

die Sowjetunion, hätte nach 1949 Kriege in Europa und zwischen den NATO-Mitgliedsstaaten verhindert. Die Probleme der Gegenwart und Zukunft seien zwar andere geworden. Dazu zählten der Umgang mit der Schwäche Rußlands, das Kriegs- und Krisengebiet Südosteuropa, die Instabilität von Ländern wie Marokko und Irak, fundamentalistische Strömungen und die realistische Möglichkeit, dass Europa in zehn Jahren im Raketenbereich vieler anderer Länder liegen wird. Trotzdem hätte die NATO nichts von ihrer Dringlichkeit und Daseinsberechtigung eingebüßt. Nur sie könne den militärischen Handlungsspielraum und die Sicherheitsvorsorge gewähren, damit die westlichen Nationen auch in Zukunft den Krisen und Gefahren einer unruhigen Welt begegnen können. Deutlich betonte Nau-

mann jedoch, dass für eine solche Sicherheitspolitik Rußland ein unabdingbarer Partner sei. Auch in ihrer Funktion als verbindendes Element zwischen den USA und Europa käme der NATO eine herausragende Bedeutung zu, auch wenn Naumann die europäischen Länder vor der Aufgabe sah, zu einer eigenständigen sicherheitspolitischen und militärischen Handlungsfähigkeit zu gelangen.

Mit den nationalen Interessen und der Außenpolitik Deutschlands setzte sich Hacke auseinander. Dabei definierte er Außenpolitik als einen Dreiklang von Ideen, Werten und Interessen. Im Gegensatz zu anderen westlichen Demokratien wie Frankreich, Großbritannien oder den USA sei es dem westlichen Teil Deutschlands erst nach 1949 gelungen, diese drei Elemente in Balance zu bringen. Für die Gestaltung einer Weltpolitik, in der „ein Nebeneinander und Gegeneinander von divergierenden Kräften kooperierend, aber auch konfliktmäÙig wirkt“, sei der „moderne, integrationspolitisch offene Nationalstaat“ weiterhin der entscheidende Akteur. Als zentrale außenpolitische Interessen Deutschlands nannte Hacke die Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Bürger, die Integration mit anderen europäischen Staaten in die EU, das transatlantische Bündnis, die Ostpolitik und die Achtung von Völker- und Menschenrechten. Um diese Interessen verfolgen zu können, zählten Dialog, Kooperation,

nach Hacke die Demokratien der atlantischen Zivilisation.



Christian Hacke: Außenpolitik als Dreiklang von Ideen, Werten und Interessen
Fotos: Braun

„Marshall-Plan“ für den Balkan

Dagegen vertrat Czempel von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung die Position, dass die westlichen Nationen nicht auf die grundlegende Veränderung der Welt seit 1989/90 reagiert hätten, sondern an ihrer Außenpolitik aus der Zeit des Kalten Krieges festhalten würden. Der gesamte Westen hätte seine alten Strategien wieder aktiviert und der Einsatz von Streitkräften werde als „optima ratio regis“ gehandelt. Czempel stellte die These auf, dass die Gesellschafts-

welt des neuen Jahrhunderts zwar noch in Staaten organisiert sei, innerhalb dieser Staaten jedoch nicht mehr die Regierungen, sondern die Gesellschaften selbst die entscheidende Rolle übernommen hätten. Seit dem Ende des Kalten Krieges hätte sich eine große Interdependenz ent-

wickelt, wie sie nun zwischen den Staaten der EU, aber auch zwischen der EU und Rußland existieren. Als Folge dieser Interdependenz seien die beiden großen Kriegsursachen, nämlich „die Ungewissheit durch Kooperation und Integration, die Diktaturen durch Demokratien“ abgelöst worden. Eine so neu geordnete Welt verlange nach einer radikal veränderten Außen-

„Die neu geordnete Welt verlangt nach einer radikal veränderten Außenpolitik.“

Ernst-Otto Czempel

Verteidigungsbereitschaft und Multilateralismus zu den wesentlichen Elementen deutscher Außenpolitik. Die zentrale Frage der Zukunft werde sein, „wieviel Autonomie Deutschland den multilateralen Organisationen übertragen will bzw. wieviel Außenpolitik national interessenorientiert bleiben soll.“ Den Bezugsrahmen für Deutschlands nationale Interessen bildeten

politik. Czempiel forderte eine Integrations- und Kooperationspolitik mit Osteuropa und Rußland, wobei die NATO mit dem Krieg in Serbien genau das Gegenteil bewirkt hätte. Der



Ernst-Otto Czempiel: Westmächte halten an der Außenpolitik des Kalten Krieges fest

südliche Balkan bedürfe eines Marshall-Plans. Nicht das Konzept der „Vertiefung und Erweiterung Europas“, sondern nur „ein Europa der zwei Geschwindigkeiten“ werde den neuen Anforderungen genügen. Dann werden die Grenzen Europas jedoch nicht nur bis Warschau, sondern bis Wladiwostok reichen.

Instabilität durch Osterweiterung

Den Abschluss der Veranstaltung bildete die Podiumsdiskussion „Berliner Perspektiven“ mit einer Journalistenriege aus dem In- und Ausland. In der Frage, ob der Umzug nach Berlin einen Kurswechsel in der deutschen Außenpolitik nach sich gezogen hätte, herrschte auf dem Podium eine recht einheitliche Meinung. Paul Schulmeister, Korrespondent des ORF in Berlin, sah die Kontinuität der Politik gegenüber den Veränderungen, die auch der Generationenwechsel innerhalb der Regierung mit sich gebracht hätte, überwiegen. Eine ähnliche Einschätzung vertrat Eric Gujer von der Neuen Zürcher Zeitung, Berlin, für den das Festhalten am Grundgesetz die Kontinuität deutscher Politik verbürge. Was Deutschland nach

Meinung Claus Detjens eher kennzeichne, sei das Nebeneinander von zwei Gesellschaften in Ost und West. Auch Thomas Kielinger, der als Publizist in London lebt, kam zu dem Schluss, dass die momentanen Probleme Deutschlands keine außenpolitischen seien. Zum Thema Europa warnte Detjen vor der Gefahr politischer Instabilität, die dann eintreten könne, wenn Politiker die Bürger nicht ausreichend über die Folgen politischer Entscheidungen, wie sie z.B. die EU-Osterweiterung nach sich ziehen würde, informieren. Vor der Aufnahme weiterer Flächenländer sollten nach Kielinger die Mitgliedsstaaten in Brüssel erst einmal über ihre eigenen Hausaufgaben, wie die Agrarpolitik, nachdenken. Wenn jedoch die Voraussetzungen für die Osterweiterung gegeben seien, könne Deutschland hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Die Ambivalenz, die Deutsch-



Kazimierz Wóycicki: Die europäische Ostpolitik nicht auf Rußland beschränken

land bei seinen Nachbarn hervorruft, mit der vielleicht auch der eine oder andere den Regierungsumzug beobachtet habe, liege in der deutschen Vergangenheit begründet. Ernsthaftige Sorgen, so Schulmeister, mache er sich jedoch keine um Deutschland, denn seine Menschen hielten trotz aller Veränderungen und Umbrüche an ihrer Fähigkeit und Bereitschaft, sich zu erinnern, fest. ■

Bernadette Braun

(siehe auch Presseschau Seite 20)

Der Kosovo-Krieg in den Medien

Da in unserer multimedialen Welt internationale Politik nicht nur über Inhalte, sondern auch durch Medienpräsenz und Medienwirksamkeit begriffen wird, wurde diese Thematik anlässlich einer Tagung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Bayern zur Situation auf dem Balkan behandelt.

Dr. Franz Stark, Chefkorrespondent des Bayerischen Rundfunks für Osteuropa, referierte und diskutierte mit den Teilnehmern über Wahrnehmungs- und Vermittlungsprobleme in den Balkankrisen.

Stark, der sich von Mai bis August 1999 im Balkangebiet aufhielt, ging zuerst auf die regionale Mediensituation ein. Die größten Fernseh- und Radiosender sowie Zeitungen in Serbien sind fest in den Händen des Regimes, wohingegen im Kosovo nur albanische Medien vertreten sind. Montenegro versucht sich durch einige eigene Fernsehsender, etwas abzuschirmen. Der Bürger hat jedoch die Möglichkeit, durch oppositionelle Medien und Satellitenschüsseln plurale und auch Informationen von außen zu erhalten. Ausländische Journalisten haben nach Erhalt eines Visums, was sich teilweise schwierig gestaltet, wenig Probleme, frei zu arbeiten. Sie stellen keine ernsthafte Gefahr für die Machtstrukturen dar und werden im Wesentlichen ignoriert. Was die Teilnehmer vor allem interessierte, war die Frage nach Tendenzen bei der Berichterstattung, da sich ja nach dem Krieg viele Zahlen als falsch erwiesen hatten. Stark wies diese Vermutungen zurück, wenngleich er zugab, dass auch seriösen Medien Fehler unterlaufen. Ein Problem ist jedoch die Häufigkeit der Berichterstattung und das verstärkte Augenmerk auf Horrorszenerarien, was beim Zuschauer zu verfälschten Eindrücken führen kann. Lediglich Tendenzen verschiedener Länder zeichnen sich nach Stark ab, so komme beispielsweise Frankreich Serbien in der Berichterstattung mehr entgegen als die USA. ■

Maria Irl

Offene Grenzen - Gefahr für die innere Sicherheit ?

Internationale Tagung stellt Schleierfahndung auf den Prüfstand

Nach dem Wegfall der Kontrollen an den EU-Binnengrenzen führte der Freistaat Bayern 1995 zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität die sogenannte Schleierfahndung ein. Fünf Jahre nach Einführung dieses polizeirechtlichen Instruments veranstaltete die Akademie in Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Bayern und ihrem Vorsitzenden Berend Jochem eine Tagung zu diesem Thema unter der Leitung von Dr. Jürgen Weber. Zunächst ging es dabei um eine Bestandsaufnahme der bisher gemachten praktischen Erfahrungen sowie ihrer verfassungsrechtlichen und politischen Bewertung. Wissenschaftler und Politiker sowie die anwesenden Polizeibeamten diskutierten die mit der Schleierfahndung verbundenen praktischen Fragen und rechtlichen Probleme.

Durfte die Polizei bisher nur verkehrsbezogene Überprüfungen durchführen, dürfen jetzt insbesondere auf Bahnhöfen, in Zügen, auf Autobahnen und anderen Durchgangsstraßen des internationalen Verkehrs weitergehende Kontrollen von Personen unabhängig von Verdacht und Anlass vorgenommen werden. Die Schleierfahndung wird mittlerweile auch in anderen Ländern im In- und Ausland praktiziert, ist aber auch auf Kritik gestoßen.

Der Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Bayern, Jerzy Montag, sparte jedoch nicht mit kritischen Anmerkungen. Über Zahlen und Fakten der Zuwanderung in die Bundesrepublik informierte der Experte für Migrationsforschung von der Universität Bamberg, Diplomsoziologe Harald Lederer. Die verfassungsrechtliche Analyse nahm Prof. Dr. Hans-Ullrich Gallwas von der Universität München vor.

mio vom Bundesministerium für Inneres in Wien vor.

Zwei Vertreter des kroatischen Innenministeriums legten die Situation in ihrem Land dar.

Sicherheit der Bürger im Vordergrund

Im Verlauf der Tagung wurde deutlich, dass es sich die Polizei bei der Praktizierung der Schleierfahndung



Jerzy Montag (B90/Grüne): kritische Anmerkungen zur Praxis



Bayerns Innen-Staatssekretär Hermann Regensburger (CSU, links) und der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Paul Gantzer äußerten sich zufrieden mit der Praxis der Schleierfahndung

Fotos: Heine

Als Vertreter der Politik äußerten sich zufrieden mit den Ergebnissen der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Hermann Regensburger (CSU) und Prof. Dr. Peter Gantzer von der Landtagsfraktion der bayerischen SPD.

Einen Einblick in die Praxis boten der Oberstaatsanwalt Dr. Hans-Jürgen Grasemann aus Braunschweig und der Leiter der Polizeidirektion Ulm, Kriminaldirektor Gerhard Brendel. Eine Bewertung der Schleierfahndung aus der Sicht Österreichs nahm Julius To-

troz großer Erfolge bei der Verbrechensbekämpfung keineswegs leicht macht. Vielmehr wird jede Aktion bezüglich der Verhältnismäßigkeit bewußt hinterfragt, da letztendlich nicht die Kontrolle der Bürger im Vordergrund steht, sondern deren Sicherheit. ■

Ronny Heine

Politik an der Leine der Verwaltung?

Unterschiedliche Rollen im politischen Prozess

Das Zusammenspiel der politischen Führung und der Verwaltung als ein Element eines optimalen Politikmanagements war das zentrale Thema eines Verwaltungsseminars. Zum ersten Mal war im Februar 2000 der Bayerische Lehrgang für Verwaltungsführung zur Elitenausbildung zu Gast in der Tutzingener Akademie.

Moderiert durch Prof. Dr. Klaus König von der Verwaltungshochschule Speyer ließen sich die Referenten durch die Fragestellung der Tagung provozieren: Aus Bayern Ministerialdirigent Siegfried Müller (Planungsabteilung des Kultusministeriums, früher Grundsatzabteilung der

Staatskanzlei) und Ministerialdirigent Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler (Grundsatzabteilung der Staatskanzlei). Aus den neuen Ländern: Regierungsdirektor Peter Steen (Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern, früher Büroleiter von Ministerpräsident Seite) und Ministerialdirigentin Annemarie Wiemer (Vertretung des Freistaats Sachsen beim Bund). Von der Bundesverwaltung: Ministerialdirektor Ernst Hüper (Leiter Abteilung 1 im Bundeskanzleramt) und Ministerialdirigent Dr. Reinhard Timmer (Grundsatzabteilung Bundesministerium des Innern).

Übereinstimmend wurden die unterschiedlichen Rollen von politischer Führung und politischer Verwaltung gesehen. Politiker schauen auf Wähler und deren Stimmungen, auf Partei, Fraktion, Öffentlichkeit und Interessenlagen und sind an ihrer Wiederwahl interessiert. Sie kalkulieren kurzfristig und taktisch. Die Verwaltung dagegen sollte sich an der Sache und politischen Vorgaben orientieren. Sie hat systematisch, auch langfristig und strategisch zu denken.

Unterschiedliche Karrieremuster

Auch die Karrieremuster sind unterschiedlich (siehe dazu auch die Schlußfolgerungen von Prof. König aus empirischen Erhebungen). Konsens bestand auch darüber, dass Politik formuliert wird im Zusammenspiel mit und im Konsens zwischen einer Vielfalt politischer Akteure, im Bund noch mehr als in den Ländern. Trotz der unterschiedlichen Rollen muss aber jeder der Akteure in Politik und Verwaltung auf den anderen zugehen. Politik macht Fehler, wenn sie nicht auf die Sachkunde, das Gedächtnis und die Koordinationsleistung der Verwaltung zurückgreift. Verwaltung begibt sich ihrer Wirkungsmöglichkeiten, wenn sie nicht die politischen Konsequenzen und die Öffentlichkeitswirkung und -mobilisierung mitdenkt.

Rollenperzeption: Exekutivpolitiker/Spitzenbeamte (Bund)

von Prof. Dr. Klaus König

Administrative Elite:

- "politische Bürokraten" ⇒ grenzen sich in ihrem Funktionsverständnis von den Politikern ab, zeigen sich aber mit den politischen Aspekten ihrer Arbeit zu 78,5 % zufrieden (1987)
- Sensibilität gegenüber politischen Rahmenbedingungen und Machtfragen ihrer Regierungsgeschäfte
 - ⇒ 80 % lehnen Handeln gegen das Regierungsprogramm grundsätzlich ab
 - ⇒ 82 % würden zunächst mit Vorgesetzten über Einwände gegen ein Programm sprechen, es dann aber dennoch ausführen
- Selbstverständnis als "Experte", Programminitiator und Programmausführer
- Akzeptanz von politischen Fertigkeiten als Qualitätsmerkmale
Reihenfolge: - professionelle und intellektuelle Fertigkeiten
- Führungsfähigkeiten
- soziale Kompetenzen
- Durchsetzungsfähigkeit
- Beratungsqualität
- politische Sensibilität

Leitende Beamte im Vergleich zu Exekutivpolitikern:

- schätzen substantielle Politik und Sachlichkeit höher als Machtorientierung
- bewerten fachliche Qualifikation, Expertenwissen, professionelle Fertigkeiten und berufliche Erfahrungen höher

Maßgebliches Differenzierungsmerkmal:

Auseinanderlaufen der politischen Karriere: nur selten Mobilität zwischen politischen und administrativen Spitzenpositionen.

Unterschiede gegenüber Bayern zeigten sich in den fünf neu dazugekommenen Bundesländern. Zumindest in den Anfangsjahren mit einer schlanken Verwaltung und einer nicht immer professionellen politischen Führung war dies so. Dort wurde und musste oft schneller entschieden werden. Informelle Strukturen entstanden neben den formellen und häufiger wurden Alternativen für die politische Führung entwickelt. Insgesamt war der politische Prozess offener, schneller, aber auch fehleranfälliger.

Im Bund fällt gegenüber den Ländern auf, dass die politische Verwaltung tiefer in die Hierarchien der Ministerien reicht. Insgesamt muss dort doch erheblich politischer gedacht werden (auch mangels nachgeordneter „Sachverwaltungen“). Der regelmäßige, auch persönliche Kontakt zu der Vielfalt politischer Akteure ist nötiger und wird intensiver gepflegt, z.B. durch regelmäßige Teilnahme von Abteilungsleitern an Fraktions- und Arbeitskreissitzungen).



Referenten der Länder. v. links: Friedrich W. Rothenpieler, Tagungsleiter Horst Denzer, Annemarie Wiemer, Peter Steen, Siegfried Müller, Klaus König
Fotos: Braun

Für die Teilnehmer des Lehrgangs war es gleichermaßen schwierig wie notwendig, die politischen und auch parteipolitischen Implikationen ihres Verwaltungshandelns mitzudenken, weil ein Teil bisher noch nicht im Bereich der politischen Verwaltung tätig war.

Es wurde ihnen deutlich, dass nicht nur im Bereich der politischen, sondern auch der „Sach“-Verwaltung die Berücksichtigung der politischen Bedingungen für den Erfolg der Verwaltungsentscheidungen mitverantwortlich ist. ■
Horst Denzer

Akademiegespräch im Landtag:

Rußland ohne Jelzin

Es war sicher ein gewagtes Unterfangen: fünf Wochen vor der Präsidentschaftswahl in Rußland einen Vortrag über „Rußland ohne Jelzin“ zu halten, wo doch alle Zuhörer Prognosen erwarteten. Der Senatssaal im Münchner Maximilianeum war überfüllt, das aktuelle Thema und der hochkarätige Referent waren die Ursache: Prof. Wolfgang Leonhard, Historiker und Publizist, Zeitzeuge und hochgeschätzter „Kremlologe“ entzündete denn auch ein rhetorisches Feuerwerk, bei dem er in Gestik und Mimik manchen politischen Führer Rußlands lebendig vor den Augen und Ohren des Publikums erscheinen ließ.

Lieber hätte er über „Rußland nach Jelzin“ gesprochen, denn schließlich sei der ehemalige Präsident noch am Leben und sein Clan verfüge noch über wichtige Zugänge zur Macht. Schnell kam er aber auf den neuen starken Mann Rußlands zu sprechen, Wladimir Putin. Zum Zeitpunkt des Vortrags Übergangspräsident und aussichtsreichster Kandidat für die Wahlen Ende März, die er ja bekanntlich im ersten Wahlgang gewonnen hat. Untrennbar mit Putins Aufstieg sei die Eskalation des Kriegs in Tschetschenien und der Bombenterror gegen Wohnhäuser in russischen Großstädten verbunden. Es sei bis heute nicht

bewiesen, dass tschetschenische Extremisten für diesen Terror verantwortlich seien. Mehrere Ursachen benannte Leonhard für den Krieg:

- Ablenkung von der eigenen desolaten wirtschaftlichen und sozialen Situation und der Korruption (vor allem durch den Jelzin-Clan)
- Rache für die Niederlage im ersten Tschetschenien-Krieg vom September 1996
- eine russische Machtdemonstration im Kaukasus
- Präsenz am Kaspischen Meer wegen der Erdölvorkommen und Kontrolle über die Pipelines.

Leonhard hoffte noch auf eine Stichwahl (zu der es nicht kam), weil er meinte, ein Triumph Putins würde die autoritären Tendenzen zu sehr stärken. Was wird von ihm als Präsident zu erwarten sein? Putin sei ein Hardliner mit einem guten Ohr für die Stimmung in der Bevölkerung. Er werde wohl Tschetschenien teilen in einen nördlichen, russisch kontrollierten Teil und einen selbständigen südlichen und könne sich so als Friedensstifter geben. Putin, der keine wirtschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen habe, werde unter dem Dach eines nationalistisch-autoritären Regimes Wirtschaftsreformen durchführen. In der Außenpolitik werde er versuchen, die russische Großmachttradition wiederzubeleben. Er habe den Anspruch, anerkannt, respektiert und konsultiert zu werden. Die zukünftigen Entwicklungen würden nicht einfach verlaufen. Rußland sei gehemmt und könne sich nur schrittweise an Demokratie und Marktwirtschaft annähern. Die Deutschen und anderen Europäer hätten die Verpflichtung, in Bezug auf Rußland in Jahrzehnten zu denken.

■ ms

(siehe auch Presseschau Seite 19)

Von Abgeordneten und Agenten

Selektive Parlamentsberichte im Fernsehen

von Dietmar Schiller, Berlin

Das Kernstück der Parlamentsberichterstattung in den Fernsehnachrichten besteht aus Korrespondentenberichten, die von einem Moderator bzw. einer Moderatorin angekündigt werden. Grundlage dieser von einem Korrespondenten „vor Ort“ realisierten Filmberichte ist aktuelles Bildmaterial aus den Debatten selbst, das durch Statements, illustrierende Grafiken oder Filmausschnitte ergänzt wird.



Dietmar Schiller analysierte die Bundestagsberichte im Fernsehen

Diese Korrespondentenberichte sorgen für Kontinuität in der Parlamentsberichterstattung, wenngleich sie sich durchweg an den Nachrichtenwertkriterien Aktualität, Personalisierung (Prominenz), Konflikt und Skandal orientieren. Live-Schaltungen, (Studio)-Interviews und Kommentare ergänzen - ganz nach Stellenwert des Ereignisses - die Palette journalistischer Formen in der Nachrichtenberichterstattung über den parlamentarischen Betrieb.

Das Beispiel: Fragestunde/Aktuelle Stunde zur sogenannten „Mauss-Affäre“ am 4. Dezember 1996.

An diesem Tag standen drei Tagesordnungspunkte auf der Bundestagsagenda. Nach der routinemäßigen Befragung der Bundesregierung ging es in der darauf folgenden Fragestun-

de um Einzelheiten der sogenannten „Mauss-Affäre“, über die der zuständige Staatsminister im Bundeskanzleramt, Schmidbauer, Auskunft zu geben hatte. Um Geiseln aus Kolumbien zu befreien, hatte Schmidbauer mehrfach auf unkonventionelle Mittel zurückgegriffen und unter anderem den Privatdetektiv Werner Mauss eingeschaltet. Zuvor musste Schmidbauer bereits im Auswärtigen Ausschuss Rede und Antwort stehen. Da diese Ausschusssitzung nicht-öffentlich war, bestand in der Fragestunde eine herausragende Möglichkeit, (fernseh-)öffentlich Licht in die außenpolitischen Praktiken Schmidbauers zu bringen und der Bundesregierung einen Punktsieg abzurufen. Durch eine Reihe von Zusatzfragen verschiedener Abgeordneter ergab sich somit ein durchaus lebendiges Frage- und Antwortspiel, das ein differenziertes Bild parlamentarischer Praxis bot.

Dramaturgisches Korsett

Ein besonderes Augenmerk soll auf die Verteilung der *soundbites* gerichtet werden. Während Schmidbauer mit Ausnahme von RTL in allen Berichten die dominante Figur einnimmt, sind die beiden oppositionellen Fragesteller (Otto Schily und Günther Verheugen; beide SPD) relativ schwach präsent. Volker Beck von Bündnis 90/Die Grünen, der die Fragestunde eröffnet, wird weder erwähnt noch gezeigt. Stellt man in Rechnung, dass in der Fragestunde neben Schmidbauer, dem Parlamentarischen Staatssekretär Lindner (Innenministerium) und dem Vizepräsidenten Klose zwanzig weitere Abgeordnete zu Wort kommen und in der Aktuellen Stunde insgesamt dreizehn, so wird unmittelbar deutlich, wie selektiv die Berichterstattung in den Fernsehnachrichten ist.

Während die „Tagesschau“ (ARD) und „heute“ (ZDF) nahezu ausschließ-

Das 50-jährige Bestehen des Bundestags im Jahr 1999 war für die Akademie und die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen Anlass, Ergebnisse der Parlamentarismusforschung des letzten Jahrzehnts zu präsentieren. Dabei wurden nicht nur bereits abgeschlossene - und z.T. mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages prämierte - Projekte vorgestellt, sondern auch Einblick in die Werkstatt der Wissenschaftler gewährt.

So stellte Dietmar Schiller aus Berlin seine kurz vor dem Abschluss stehende Studie über die Darstellung des Parlaments in Großbritannien und Deutschland vor. Wir dokumentieren die Analyse Schillers zur Berichterstattung über die „Mauss-Affäre“ im Dezember 1996.

lich Bilder der Fragestunde/Aktuellen Stunde im Plenarsaal verwenden, greifen SAT1 und RTL zu einem großen Teil auf Motive außerhalb des Plenarsaals zurück, um die Story in ein dramaturgisches Korsett zu passen. Die Tabelle skizziert die *storyboards* aller vier Korrespondentenberichte.

Agententhriller

Trotz offenkundiger Unterschiede in der Dramaturgie spielen alle vier Berichte mehr oder weniger subtil mit dem Sujet des Agententhrillers, wenngleich „heute“ bemüht ist, durch eine Collage konventioneller Aufnahmen aus dem Plenarsaal und einer getragenen Schnittfrequenz Distanz zu bewahren. Während beispielsweise in dem „Tagesschau“-Bericht ein Motiv gewählt wird, in dem die Kamera von einer Pressetribüne aus durch eine „Lochscheibe“ auf Schmidbauer gerichtet ist und der Staatsminister allmählich - zunächst verschwommen - zu erkennen ist, werden bei SAT1 und RTL Bilder eingeschnitten, die das

Ehepaar Mauss und die Entführten Gorges und Schmidt zeigen. Bei beiden privaten Sendern wird jeweils in einer Eingangssequenz Schmidbauer auf dem Weg zum Sitzungssaal des Auswärtigen Ausschusses gezeigt, der für die wartenden Journalisten verschlossen bleibt. Der SAT1-Bericht endet mit zwei kurzen Einstellungen, die Schmidbauer jeweils im Halbdunkel mit Kohl und Kinkel zeigen und den Eindruck vermitteln, hier werden möglicherweise irgendwelche geheimen Absprachen getroffen.

Undurchsichtiges Spiel

Insbesondere die Privaten betten die Fragestunde/Aktuelle Stunde in eine Agentenposse ein, in der ein wendiger Staatsminister und ein abgetakelter „Privatagent“ ein undurchsichtiges Spiel getrieben haben und dabei erwischt wurden. Der Plenarsaal fungiert als Kulisse für dieses halbseidene Spiel, in dem - analog zu einem gerichtlichen Kreuzverhör - der wendige Staatsminister gezwungen werden soll, die Wahrheit zu sagen. Obwohl bei ARD und ZDF der Plenarsaal ganz im Mittelpunkt der Berichterstattung steht, ergibt sich auch

hier ein ambivalentes Image des Bundestages. Denn nur durch die Skandalträchtigkeit dieses Ereignisses wurde über die Fragestunde/Aktuelle Stunde berichtet, und nicht, weil das Institut der Fragestunde/Aktuellen Stunde an

rede fernseh-dramaturgisch visualisiert wird, bleibt die (leider nur) rhetorische Frage, ob dadurch ein realistischeres Bild des Bundestages vermittelt wird. Trotz dieser Ambivalenz tragen derartige Berichte aber gleichwohl zu ei-



aus: Das Parlament

sich bereits berichtenswert ist. Wenn gleich ein Abbild des Bundestages konstruiert wird, das jenseits der typischen Motive (Redner am Rednerpult, Schwenk über Sitzreihen etc.) Bilder präsentiert, in denen das Ritual von Frage und Antwort, Rede und Wider-

nem differenzierten Parlamentsbild bei. Es wird gezeigt, dass es Ausschusssitzungen und andere parlamentarische Foren als die Plenardebatte gibt. ■

(siehe auch Presseschau Seite 18)

| | ARD | ZDF | SAT1 | RTL |
|-------------------|--|--|---|--|
| Beginn | <ul style="list-style-type: none"> Schmidbauer betritt den Plenarsaal Totale des Plenums | <ul style="list-style-type: none"> Schmidbauer betritt den Plenarsaal Sitzungsvorstand des Bundestages | <ul style="list-style-type: none"> Statement von Schmidbauer Spalier von Medienvertretern; Tür mit Aufschrift „Auswärtiger Ausschuss“ Kurzes Porträt von Mauss mit Lebensgefährtin | <ul style="list-style-type: none"> Schmidbauer geht in den Sitzungsraum „Auswärtiger Ausschuss“ Blick in den Sitzungsraum; Tür wird geschlossen Journalisten warten vor dem Raum |
| Mitteltell | <ul style="list-style-type: none"> Statements von Schmidbauer mit Off-Kommentar und einem Statement von Schily (Plenarsaal) | <ul style="list-style-type: none"> Statements von Schmidbauer mit Off-Kommentar und einem Statement von Schily (Plenarsaal) | <ul style="list-style-type: none"> Statements von Schmidbauer mit Off-Kommentar und einem Statement von Schily (Plenarsaal) | <ul style="list-style-type: none"> Schmidbauer in der Reglerbank (ein Statement) mit Off-Kommentar Kurzes Porträt von Mauss und seiner Lebensgefährtin Statements von Verheugen im Plenarsaal |
| Schluss | <ul style="list-style-type: none"> Korrespondent im Reglerraum mit Monitoren | <ul style="list-style-type: none"> Schwenk/Zoom auf Sitzreihen der SPD-Fraktion | <ul style="list-style-type: none"> Schmidbauer und Kohl in einem Sitzungsraum Schmidbauer und Kinkel in einem Sitzungsraum | <ul style="list-style-type: none"> Sitzreihen der SPD-Fraktion, Schmidbauer Totale des Plenarsaals |

Fundgrube Internet:

- **Bookmarks und Links**
- **Politische Bildung im Internet**
- **Empfehlenswerte Surftipps**

Das Internet wird immer mehr zum Massenmedium und hat längst seinen Weg in die Schulen und in die politische Bildung gefunden. Damit der interessierte Nutzer nicht bei einschlägigen und mittlerweile bekannten Adressen wie „www.bundestag.de“ oder „www.bundesregierung.de“ stehenbleibt, haben wir empfehlenswerte Tipps für erfolgreiches Navigieren im Netz zusammengestellt. Wir übernehmen keine Garantie für die dauerhafte Richtigkeit der Adressen und keine Verantwortung für Inhalte, die beim Weitersurfen durch die angebotenen Links auftauchen.

Wenn Sie selbst auf interessante Angebote stoßen:

Geben Sie uns Nachricht per E-Mail. Wir werden diese Tipp-Reihe in lokaler Folge fortsetzen und Ihre Hinweise auf unsere Linksammlung im Internet stellen: www.apb-tutzing.de.

Zusammenstellung:

Michael Schröder, E-Mail: Schröder.Akademie.Tutzing@t-online.de

Politik und politische Bildung

Die Politikwissenschaftler der Universität Mainz halten eine interessante Linksammlung mit nationalen und internationalen Adressen aus Politik und Wissenschaft bereit:

<http://www.politik.uni-mainz.de/Service/allgemein.htm>

Der Marburger Politikwissenschaftler Rainer Rilling hält gleich drei sehr gute websites zum Thema „Politik und Netze“ bereit. Hier findet der Interessierte viele Texte und Linksammlungen über die Perspektiven der elektronischen Demokratie. On the left side of the web!

<http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/net/netdem.htm>

<http://212.21.76.136/bibliothek/Rilling17.htm>

<http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/home.html>

Eine gut gepflegte Linksammlung zu verschiedenen Politikbereichen, Instituten und Zeitschriften bietet die Universität Karlsruhe:

<http://www.rz.uni-karlsruhe.de/Outerspace/VirtualLibrary/301.htm>

Der auf Themen des Rechtsextremismus spezialisierte Journalist Burkhard Schröder bietet die wohl umfangreichste Sammlung von Internetadressen zu allen Arten des nationalen und internationalen Rechtsextremismus und Neonazismus. Abgründe tun sich auf! Vorsicht bei der Nutzung im Schulunterricht!

<http://www.burks.de/nazis.html>

Spiegel-online bietet eine sehr umfangreiche Linksammlung internationaler und nationaler Adressen aus den Bereichen Politik, Medien, Behörden und Bildung:

<http://www.spiegel.de/links/>

Richard Kimbers unter Politikwissenschaftlern mittlerweile schon legendäre Homepage. Hier gibt es nichts, was es nicht gibt: Parteien, Wahlen, Regierungen, Verfassungen, Medien, Archive, Internationale Beziehungen, Politische Theorie.... Leider nur auf englisch:

<http://www.psr.keele.ac.uk/>

Armin Fingerhut, Student an der Universität Heidelberg, betreibt eine umfangreiche Linksammlung verschiedener Wissenschaftsdisziplinen, u.a. mit interessanten Adressen für Politik- und Sozialwissenschaftler:

<http://www.fingerhut.de/geisteswissenschaften/politiksoziologie.htm>

Der Sozialkundeführer Reiner Wadel aus Gross-Gerau unterhält eine private Homepage zur politischen Bildung in der Schule mit hilfreichen Verweisen und Einsprungsadressen:

<http://home.t-online.de/home/wadel/kursivl.html>

„politik-links“ nennt der Politikstudent Dirk Schumacher an der Universität Oldenburg seine aktuell gepflegte Text- und Linksammlung vorwiegend zu deutschen Politikthemen wie Wahlen, Parteien, Medien etc.:

<http://www.heh.uni-oldenburg.de/~dirks/politik.htm>

Die „Zentrale für Unterrichtsmedien im Internet (ZUM)“ bietet auf ihrem Server viele fächerspezifische Unterrichtsmaterialien nicht nur zur politischen Bildung (einschl. hilfreicher Suchmaschine!) Eigene Materialien können eingestellt werden. Eine gelungene Tauschbörse :

<http://www.zum.de/tabelle.html>

Ein Klassiker: die Bundeszentrale für politische Bildung mit aktuellen Themen, Hintergrundinformationen und Links einschließlich des Online-Auftritts der PZ:

<http://www.bpb.de/> und <http://www.pz-net.de/>

„Politikdaten Deutschland aktuell“ ist eine private, gut sortierte Themen- und Linksammlung zu klassischen Themen der Sozialkunde: Wahlen, Verfassungsorgane, Parteien....

<http://www.andreas-steidle.de/polit-dat/>

Der Gießener Politologe Christoph Bieber und sein Team bieten eine tagesaktuell gepflegte Homepage mit Texten und Links rund um die digitale Politik und die elektronische Demokratie:

<http://www.politik-digital.de/>

1989: Die Überwindung der SED-Diktatur

Politiker und Historiker beschreiben innere und äußere Faktoren des Niedergangs der DDR

1989: eine Jahreszahl mit Signalwirkung führte Akteure, Zeitzeugen, Publizisten und Wissenschaftler zur bisweilen streitigen Diskussion um die Gründe des Niedergangs des einstmals gerade im Westen für unbezwingbar gehaltenen Sowjetblocks zusammen. Millionen von Menschen hatten diese über halb Europa ausgebreitete Macht als Verheißung empfunden. Aber ein Vielfaches dieser Millionen hatte sich der Gewalt nur widerstrebend gebeugt. Diese Mehrheit, die seit den Aufständen der fünfziger Jahre Stück um Stück und Jahrzehnt um Jahrzehnt an Selbstbewusstsein gewann, wenn auch in Wellen und abgewechselt von Gegenwellen der Niederlage und Resignation, ist letzten Endes der Grund für die Sensation von 1989.

Nicht mehr zu zählen sind die Disidenten, ja die kommunistischen Funktionäre selbst, die dem Kommunismus zwischen den fünfziger Jahren und 1989 den Rücken kehrten und nicht selten hohe Strafen riskierten und erlitten. Einer der Begabtesten unter den ganz Jungen der unmittelbaren Nachkriegszeit, Wolfgang Leonhard, schon früh als „Nachfolger“ gehandelt, Angehöriger der „Gruppe Ulbricht“, die von Berlin aus die kommunistische Infrastruktur der späteren DDR zimmerte, wagte bereits 1949,

Weg ins abtrünnige Jugoslawien mit den antistalinistischen Führern Tito und Djilas gemacht, um einige Jahre später in die Bundesrepublik zu gelangen. Nun zeichnete er noch einmal die von ihm selbst mitgestaltete Entstehungsgeschichte der DDR nach.

DDR vom ersten Tag an abgelehnt

Als „Homunculus Sovieticus“ wurde die DDR ab dem Tag ihrer Gründung von der Bevölkerung abgelehnt. Der

len. Die SED-Führung konnte nur durch die Sowjetarmee aus ihrer Niederlage herausgeholt werden. Von nun an war sie noch abhängiger von den Sowjets als zuvor, was sich zunächst auch im unverblümten Umgangsstil der Sowjetvertreter gegenüber Ulbricht und seinem Politbüro niederschlug. Der Beweis war erbracht, dass das SED-Regime als entscheidendes Bauelement der DDR nicht ohne fremde Hilfe lebensfähig war. Selbst Mielkes aufwendiger Staatssicherheitsdienst konnte den sowjetischen Schirm nicht vollständig ersetzen. Und als Gorbatschow diesen Schirm zuklappte, war es um das Machtmonopol der SED geschehen.



Arnold Vaatz: Blick stärker auf Außenfaktoren



Stephan Hilsberg (l.) und Ehrhart Neubert (r.): Gewichtung der inneren und äußeren Faktoren unterschiedlich
Fotos: Braun

als Stalin noch fit und seine Verfolgungsapparate über Ländergrenzen hinaus voll funktionsfähig waren, den „Sprung aus dem Zug“. Bei Nacht und Nebel hatte er sich zunächst auf den

Aufstand des 17. Juni 1953, den Wolfgang Leonhard bereits als westlicher Beobachter verfolgen konnte, richtete sich klar gegen die SED-Führung; die Arbeiterschaft forderte freie Wah-

Das sahen drei ehemalige DDR-Bürgerrechtler, Stephan Hilsberg (heute SPD-MdB), Arnold Vaatz (heute CDU-MdB) und Ehrhart Neubert (heute Wissenschaftler bei der Gauck-Behörde) zwar ganz ähnlich, aber sie gewichteten die inneren und äußeren Faktoren je nach Temperament und persönlicher Erfahrung unterschiedlich. So betont Hilsberg stärker als Vaatz die aktive Rolle eines im Verlauf des Jahres 1989 wachsenden Teils der DDR-Bevölkerung, während Vaatz den Blick stärker auf Außenfaktoren wie Sowjetunion, östliche und südliche Nachbarländer der DDR, sowie den Westen richtet.

Doch hieran entzündete sich kein Grundsatzstreit. Es ging um unterschiedliche Akzentuierungen bei dem höchst komplizierten Versuch, die Komplexität der inneren und vielfältigen äußeren Faktoren auf ihren Wirkungsanteil hin zu untersuchen. Die Freude darüber, dass die neuere deutsche Geschichte seit 1989 eine gelun-



Mit Beifall bedacht: Gyula Horn

gene demokratische Revolution vorweisen kann, ging in dieser Tagung jedenfalls nicht so weit, dass sie einen innerdeutschen Historikerstreit über die Definition von Revolution hätte provozieren können.

Ein anderer Streit wird darüber geführt, ob es so etwas wie eine vom Regime nicht direkt aufgenötigte, doch von den Lebensumständen herbeigeführte DDR-Identität gegeben habe oder noch gibt. Da mag etwas dran sein - auffälliger erscheint allerdings eine „DDR-Identität in letzter Minute“, nämlich die mehrheitliche Übereinstimmung im Willen zur Abschaffung der DDR. Der Sturz des Regimes der Monopolpartei hatte die deutsche Teilung überflüssig gemacht.

Keinen Widerspruch erhielt die Meinung, wonach 1989 eine mittelosteuropäische Revolution stattgefunden hat. Demnach ist nicht die Revolution eine deutsche Besonderheit, wohl aber die Teilung und Vereinigung.

Europäisch ist die Revolution auch deshalb, weil empfindliche Schläge gegen das morsch gewordene SED-Regime von außen kamen. So von der

neuen ungarischen Regierung des Sommers 1989. Daher war es nicht verwunderlich, dass der ehemalige Außenminister dieser Regierung, Gyula Horn, im Hörsaal der Akademie mit besonderem Beifall bedacht wurde. Die bewegende nachträgliche Dankesrede eines jüngeren ehemaligen DDR-Flüchtlings, dem sich im September 1989 zusammen mit Zehntausenden der Weg von Ungarn in den Westen geöffnet hatte, unterstrich diesen Beifall.

Demokratie ist ansteckend

Horn beschrieb seinerseits die Wechselwirkung von Faktoren, die erst viel später auf das Ende des Kommunismus zuliefen:

- die Entspannungspolitik der NATO ab den sechziger Jahren,
- westdeutsche Ostpolitik ab den siebziger Jahren,
- viele Begegnungen Horns mit westlichen Politikern, die seine früher erlernten Klischees ad absurdum führten.

Das entsprach durchaus dem von Hans-Jochen Vogel im Podiumsgespräch mit Horn unterbreiteten Hinweis, wonach der Ostpolitik Willy

Moderiert wurde das Horn-Vogel-Gespräch vom Direktor des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, dem Zeithistoriker Klaus-Dietmar Henke, der die Offenheit beider Politiker zu Nachfragen bis weit zurück in deren frühe Jugend nutzte. So rundeten sich die Bilder: einerseits der Wandel des Teenagers Hans-Jochen Vogel vom Hitlerjungen zum Demokraten des Neubeginns nach 1945, und andererseits des einstmals linientreuen Jungkommunisten Gyula Horn, der als Außenpolitiker des KP-Apparats der „Ansteckung“ der Demokratie ausgesetzt war, was dazu führte, dass er an führenden Positionen, zuletzt als Ministerpräsident (1994 - 98), zur Ausbreitung der Demokratie und der NATO in Europa entscheidend beigetragen hat.

Auch nach dieser Tagung lässt sich nicht entscheiden, welche der Faktoren des Niedergangs des Kommunismus und der SED-Herrschaft wichtiger oder unwichtiger waren. Jede erfolgreiche Revolution hatte günstige Rahmenbedingungen. Dass das SED-Regime erkennbar morsch war, schmälert nicht die Leistung der Selbstbefreiung des Volkes, sondern hat sie animiert. Je stärker sich die ganze deutsche Gesellschaft mit die-



Klaus-Dietmar Henke (l.) und Hans-Jochen Vogel: Offenheit zu Nachfragen bis weit zurück in die frühe Jugend genutzt

Brandts und der Helsinki-Konferenz von 1975 die Überzeugung zugrunde lag, dass sich bei zunehmender Intensität des Austauschs und der wechselseitigen Beziehungen nicht der Kommunismus, sondern umgekehrt die Demokratie als ansteckend erweisen würde.

ser Aktion der DDR-Bevölkerung identifiziert und stolz darauf ist - auch das wurde in einigen Diskussionsbeiträgen deutlich - desto wichtiger wird die Propaganda der Gestrigen, wonach der ehemaligen DDR das westdeutsche „System“ übergestülpt worden sei. ■

Jürgen Maruhn

Michael Wendel in „DIE RHEINPFALZ“ vom 17. Januar 2000:

Wieviel Arbeitslosigkeit verträgt die Demokratie?

Auf Antwortsuche in der Tutzingler Akademie

... Seit dem dramatischen Untergang der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, herrscht landläufig die Ansicht vor, dass die verheerende Massenarbeitslosigkeit, die um die Jahreswende 1932/33 ihren Höhepunkt erreichte, den rasanten Aufstieg der Nazi-Partei zu einer zur Machtübernahme fähigen Größe begünstigt habe. Dieses „Trauma“ unterfütterte auch die Thesen der Wirtschaftshistoriker, die sich aus der rückwärts gewandten Perspektive der Leitfrage näherten. Am positiven Kontrastbild zu Weimar entfaltete der Bamberger Sozialökonom Manfred Groser seine Ansicht, dass Wohlstand und soziale Sicherheit Stabilitätsanker für moderne Demokratien sind. Allerdings verweigerte er sich krude mechanistischen Folgerungen nach dem Muster „Je größer der Wohlstand, desto größer die Chance, die Demokratie zu erhalten“. Groser verwies vielmehr auf außerökonomische Faktoren wie Rechtsnormen, Einstellungen und

Verhaltensweisen - aus seiner Sicht eine Erklärung, warum die von der Weltwirtschaftskrise gleichermaßen heimgesuchten angloamerikanischen Demokratien nicht in Diktaturen umgeschlagen waren.

Für diesen Umschlag in Deutschland haben wohl die Arbeitslosigkeit, nicht aber die Arbeitslosen den Boden bereitet, erläuterte der Mainzer Politikwissenschaftler Jürgen Falter anhand einer Fülle von Wahldaten. Die Arbeitslosen hätten sich weit mehr den Kommunisten zugewandt. Die NS-Partei profitierte dagegen von der Angst der (meist angestellten) Arbeitsplatzinhaber vor sozialem Abstieg, von dem Schreck der Mittelschichten vor den KPD-Erfolgen - „und von den Zweifeln an der Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems“.

„Kulturkampf“ mit den USA

Den Bogen aus der jüngeren Vergangenheit in die sozialökonomische Realität der Bundesrepublik (und zurück)

schlug der Bielefelder Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser, einer der Co-Autoren der in Arbeit befindlichen BASF-Unternehmensgeschichte. Das erfolgreiche Modell einer „unternehmenskoordinierten sozialen Marktwirtschaft“, dessen Wurzeln bis weit ins 19. Jahrhundert reichten, stehe an der Jahrtausendwende in einem „Kulturkampf“ mit der liberalen Marktwirtschaft nach US-Muster. Das auf Langfristigkeit und Kooperation angelegte deutsche „Produktionsregime“ habe dadurch einen Wettbewerbsvorteil. Ein Herausbrechen einzelner, stark verzahnter Elemente aus diesem über Jahrzehnte aufgebauten Regelwerk würde die Gesellschaft einer „Zerreißprobe“ aussetzen, warnte Abelshauser. In die gleiche Kerbe hieb der Ökonom und Kurzeit-Staatssekretär Heiner Flassbeck, der im übrigen Lohnzurückhaltung und die Aufweichung von Flächentarifen nicht als taugliche Mittel betrachtete, um mehr Arbeitslose in Lohn und Brot zu bringen. ...

Sabine Lemke-Müller in „DAS PARLAMENT“ vom 11. Februar 2000:

Mehr sachliche Informationen gefragt

... Fragen um die mediale Politikvermittlung standen im Zentrum einer dreitägigen Parlamentarismus-Fachkonferenz, die die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen gemeinsam mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing durchführte. Das ist kein Zufall, denn tatsächlich ist und bleibt die gute Kommunikation politischer Entscheidungen und Ereignisse eine notwendige Bedingung der Demokratie. Funktioniert sie nicht oder nur unzureichend, wird in der Bevölkerung eine Abstinenz gegen-

über dem Politischen begünstigt, die nur allzu leicht in diffuses Missfallen umschlägt.

Der „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas) verursacht eine allgemeine Marginalisierung und Boulevardisierung der Politik. Das senkt den Marktwert der oft nachrichtunfreundlichen Tätigkeit des Parlaments: Marathonsitzungen wechseln mit langen sitzungsfreien Phasen, viele Fachdebatten interessieren nur ein begrenztes Publikum oder finden nichtöffentlich in den Ausschüssen statt. Dennoch

ist der Bundestag in Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen und privaten Sender durchaus präsent; der Ereignis- und Dokumentationskanal Phönix sowie die Printmedien tun ein Übriges, den in seinen Strukturen und Funktionsweisen meist „unbekannten Star“ (Mayntz) im Rampenlicht der Öffentlichkeit zu halten. Konkrete Beispiele demonstrierten die ganz andere Medienpräsenz des englischen Parlaments, in dem ein direktes Gegenüber von Regierung und Opposition für Lebhaftigkeit sorgt. ...

Christian Mayer in „SÜDDEUTSCHE ZEITUNG“ vom 9. Februar 2000:

Die große Politik wird nur simuliert

... Bereits zum fünften Mal treffen sich am Starnberger See junge Leute aus ganz Europa, aus Israel und den USA. Organisiert wird die einwöchige Konferenz vom „Munich European Forum“, einem Verein, der Studenten die Spielregeln der Diplomatie nahe bringen will. „Unser Ziel ist es, die internationale Politik besser zu verstehen“, sagt die Vereinsvorsitzende Nike Dittmar. Die Politikstudentin hat sich erfolgreich um Sponsoren für ihre Idee bemüht: Den Hauptteil der Kosten übernehmen das Auswärtige Amt in Berlin und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD).

Dieses Mal simulieren die Teilnehmer den EU-Rat, die NATO oder das G-8-

Treffen der wichtigsten Industrienationen. Jeder der 47 Studenten schlüpft in die Rolle des Diplomaten einer anderen Nation. Voraussetzung für das Projekt ist, erst einmal die eigene Identität zu vergessen. In den Gremien geht es dann zu wie im richtigen Leben: Es wird gestritten, an Resolutionen gefeilt und am Ende stehen dann Entscheidungen. Sprachbarrieren gibt es keine, diskutiert wird auf Englisch - und das so lebhaft und manchmal auch chaotisch, wie man es sich im Hauptseminar einer deutschen Uni gerne wünschen würde. ...

... Inzwischen hat sich auch bei ausländischen Universitäten die Idee des „Munich International Forum“ herum-

gesprochen. Eine Gruppe aus Frankreich ist regelmäßig dabei, auch aus Israel kommen Teilnehmer. Besonders die Studenten aus Osteuropa, für die Europa weniger mit Bürokratie und Gleichmacherei, sondern mit Freiheit und Wohlstand verbunden ist, sehen in Tutzing eine Chance, die EU besser zu verstehen. Viele Teilnehmer wollen selbst einmal im diplomatischen Dienst arbeiten. Schade findet Nike Dittmar nur, dass drei Studenten aus Ghana die Einreise verweigert wurde - aber so international wie die Studenten in Tutzing denken eben nur wenige deutsche Politiker und Beamte. ...

Friedrich H. Hettler über den Vortrag von Prof. Wolfgang Leonhard im Bayerischen Landtag in „MAXIMILIANEUM“ Nr. 2/2000:

Ein letzter unüberhörbarer weltpolitischer Paukenschlag

... Die letzten fünf Monate der russischen Geschichte sind nach Leonhards Worten von „dramatischen und widersprüchlichen Ereignissen“ geprägt. Dazu zählte er den Krieg in Tschetschenien, die Wahlen zum russischen Parlament, der Duma, und den vorausgegangenen einseitigen, „diskreditierenden“ und „schändlichen“ Wahlkampf sowie Jelzins Rücktritt.

Leonhard vertritt die Auffassung, dass Jelzin mit seinem Rücktritt, der verfassungsmäßig legitim war, den Präsidentenwahltermin vom Juli vorziehen wollte, um einerseits die immer noch vorhandene Stimmung Pro-Tschetschenienkrieg zu nutzen und andererseits Wladimir Putin zu stärken. Ministerpräsident Putin sicherte Jelzin bei der Machtübergabe totale

Immunität bis zu dessen Lebensende zu, was es laut Leonhard in der russischen Rechtsgeschichte bisher noch nie gegeben hat. Überrascht zeigte sich der Referent auch von dem Umstand, dass diese Total-Immunität kaum Aufmerksamkeit fand bzw. kritisiert wurde.

In Putin sehen viele den ersehnten starken Mann, der kompromisslose Härte verkörpert (Hardliner im Tschetschenienkrieg), aber auch daran interessiert ist, Brücken zu bauen und der ein „gutes Ohr für die Stimmungen“ in der Bevölkerung hat, wie es Leonhard ausdrückte. Putin sieht nach Auffassung des Referenten Russland als starken unabhängigen Staat im Rahmen der Gesetze. Deshalb spreche der Interimspräsident auch gern von der



Wolfgang Leonhard

„Diktatur der Gesetze“. Ferner trete er für eine neue Ideologie auf der Grundlage des Patriotismus ein und betreibe die Wiedereinführung der staatlichen Regulierung - keine Rückverstaatlichung, wie Wolfgang Leonhard ausdrücklich betonte -, zwar nicht auf allen Feldern, aber in Schlüsselbereichen. ...

Peter Stamme in der „NÜRNBERGER ZEITUNG“ vom 2. März 2000
über die Tagung „Berliner Perspektiven - Deutschland vor dem 21. Jahrhundert“:

Friedenssehnsucht versus Realpolitik

... Mit Idealismus und großer Selbstgewissheit verneinte Czernpiel die Frage, ob Deutschland für seine neuen Aufgaben gerüstet sei. Bis heute habe das „Kalte-Krieg-Denken der sechzehn Kohl-Jahre“ eine Diskussion über gegenseitige Abhängigkeit und Globalisierung verhindert. Die Arbeit an der Wiedervereinigung habe den Blick auf die weltpolitischen Veränderungen verstellt. Im Osten habe ein Elitenwechsel stattgefunden, im

Westen nicht. „Und die Erstarrung geht rot-grün weiter. Den Gedanken an die 'Zivilgesellschaft' hat man im Serbien-Konflikt erschöpft aufgegeben ebenso wie die Idee einer Welt-Innenpolitik.“ Dabei habe sich doch die Realpolitik als erfolglos und veraltet erwiesen.

Der Kosovo-Krieg habe acht Milliarden Mark gekostet, für den Wiederaufbau gebe es 125 Millionen Mark. Es fehle ein Marshall-Plan für den

Balkan und an Hilfe für Russland, wenn man die Fehler bei der Auflösung Jugoslawiens nicht wiederholen wollte. ...

... Christian Hacke riet dem Kollegen, etwas mehr die Torheit des begrenzt lernfähigen Menschen zu berücksichtigen. Politiker müssten handeln und für ihre Fehler einstehen, Wissenschaftler hätten es leichter. In seinem Referat untersuchte Hacke, wie Deutschland sich seiner außenpolitischen Verantwortung stellen könne. Bis 1945 habe Deutschland im Gegensatz zu den westlichen Demokratien keine zivilisatorische Leitidee für seine Außenbeziehungen besessen. ...

Michael Meyen in „FERNSEH-INFORMATIONEN“ 2/2000
über die Tagung „Zeitenwende - Wendezeiten - Weltenende“:

Millenium-Nachtrag

...Bernd Sösemann, Historiker und Kommunikationswissenschaftler an der Freien Universität Berlin, wandte sich gegen eine Konzentration auf die runden Daten. Ein Jahrhundertwechsel sei nicht per se eine Zeitenwende. Die Menschen würden sich nicht auf Jahrhunderte beziehen, sondern auf das, was sie selbst überblicken können, auf das eigene Leben. Ein Krieg oder auch der Tod eines Kindes seien da viel eher Wendepunkte.

Wenn Historiker zusammensitzen, wird immer auch über Quellen gestritten (so plädierte Sösemann für die Presse und hier vor allem für die Unterhaltungsblätter, um zu erfahren, wie die „einfachen Leute“ das Thema verarbeitet hätten), und natürlich wurde in Tutzing über Wilhelm II. gelästert, der die Jahrhundertwende einfach per Marginalverordnung auf den 1. Januar 1900 legte. Bernd Sösemann meinte, dass erst diese Wende in Westeuropa richtig intensiv wahrgenommen worden sei. 1600 habe man zwar schon gefeiert, aber die Vorstellung

von geschlossenen Epochen gebe es erst seit 1700. Und der 2000er Rummel? Der Jenaer Historiker Frank Möller meinte, dass es durch das Computerproblem etwas Greifbares gegeben habe, etwas, worüber man habe diskutieren können.

Vehikel für die Medienmaschine

Der Mainzer Kommunikationswissenschaftler Jürgen Wilke wies dagegen in der Diskussion auf die Veränderungen des journalistischen Apparates hin. Das Jahr 2000 sei von der Medienmaschine als Vehikel genutzt worden, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Dazu kämen der Wandel in Richtung Dienstleistungsgesellschaft und die Verdattung des menschlichen Lebens. Wilke lag damit auf der gleichen Linie wie der Münchener PR-Experte Horst Avenarius, der von einem Vermarktungserfolg für die Medien sprach. Die gewieftesten PR-Leute seien die Journalisten gewesen. ...

Dieter Wild, der beim *Spiegel* für die 50 Folgen der Jahrhundert-Serie zuständig war, sprach vom größten Unternehmen in der Geschichte des Hauses, das von der Idee bis zum Serienstart dennoch nicht einmal ein Jahr brauchte. Hingegen hatte Fernsehjournalist Henric L. Wuermeling vom Bayerischen Rundfunk das Konzept für die *20 Tage im 20. Jahrhundert* schon Anfang der 90er Jahre auf dem Tisch. Seinen Münchener Hörfunk-Kollegen ist allerdings ein richtiger Schatz entgangen: Die *Radio-Revue* auf Bayern 2 hatte zum Jahreswechsel 1979/80 eine ganze Reihe von Experten um Prognosen für das Jahr 2000 gebeten. Wo hätte man einen besseren Rückblick finden können? Franz J. Bautz, der damals für die Serie zuständig war, stellte dazu in Tutzing fest, dass die Veränderungen des Mediensystems vor 20 Jahren bekannt gewesen seien. Man habe um die Online-Zukunft ebenso gewusst wie um den Anpassungsdruck auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch kommerzielle Anbieter und um die Flut trivialer Unterhaltungssendungen. An das Ende der Sowjetunion aber und an Aids habe niemand gedacht. Auch Genmanipulationen seien kein Thema gewesen. ...

Cornelia Wohlhüter in „PASSAUER NEUE PRESSE“ vom 25. März 2000:

Wie zukunftsfähig sind Europas Christdemokraten?

...Nicht nur in Deutschland stecken die Christdemokraten in der Krise. In Italien ist der Parteiname von der Bildfläche verschwunden, in Österreich hat die ÖVP gerade noch 27 Prozent bekommen, in Frankreich droht 2001 ein Wahl-Debakel. Nur Spanien hat gegen den Trend bürgerlich gewählt. Der These, wonach die Spendenaffäre genutzt werde, um die Verdienste Helmut Kohls herab zu würdigen, wurde nicht widersprochen. So sei es allen Kanzlern der CDU ergangen; als Lichtgestalten der Geschichte blieben schließlich nur die SPD-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt übrig.

Das ist noch harmlos. Von einem gnadenlosen Kampf der Linken gegen die Konservativen in Italien sprach der Historiker Paolo Possenti aus Rom. Die Christdemokraten hätten sich das eigene Grab geschaufelt, weil sie nach dem „kleinen Bürgerkrieg“ (Possenti sprach von Entführung, Mord, Bespitzelung in den Jahren 69 bis 80) zu gutmütig waren und eine Amnestie für Kommunistenführer verkündeten. Alle Verbrechen, so Possenti blieben ungesühnt. Zum Dank griff die Linke dann bei erster Gelegenheit die Christdemokraten an. ...

Erhard d'Angelo in: „STRAUBINGER TAGBLATT“ vom 23. März 2000:

Europa: Bürgerliches Lager muss sich erneuern

... Nahezu alle Referenten dieser Tagung sehen die Zukunft der Christdemokraten und ihrer Verbündeten auf dem Platz der „rechten Mitte“. Rechts davon würden keine relevanten Kräfte mehr entstehen. Die SPD habe den Platz der „linken Mitte“, die sie neue Mitte nenne, mit einigem Erfolg besetzt. Die FDP könne den Begriff liberal nicht mehr alleine besetzen. Denn alle Parteien in Deutschland wiesen liberale Tendenzen auf. Eindeutig gehe die Tendenz hin zu den großen Volksparteien. Das Bedürfnis nach Maß und Mäßigung sei groß. Der Abstieg der Konservativen in ganz Europa habe auch damit zu tun, dass sie so lange Zeit regiert hatten. ... Immer wieder tauchte in allen Referaten die Frage nach der Modernisierung der Parteien auf. So stelle sich für die Union das Hauptproblem in der Weise, wie europaweit - und darum ging es wesentlich auf dieser Tagung - die Alt-

konservativen mit den Neoliberalen in der bürgerlichen Gruppierung unter einen Hut zu bringen seien. ... Das Europa-Spektrum der Christdemokraten schillert zur Zeit in allen Farben. Während in Spanien die Volkspartei mit ihrem christdemokratischen Kern erstmals nach zehn Jahren die Sozialisten besiegte, liegt die einstmals so mächtige italienische Schwesterpartei hoffnungslos am Boden. So konnte der italienische Gastredner auf der Tutzing-Tagung nur ein trauriges Bild dieser Gruppierung zeichnen, die sich aufgespalten hat. Der Historiker Prof. Dr. Paolo Possenti, Rom, vermochte letztlich nur die Hoffnung auszusprechen, dass die rechten Gruppierungen um die Macht (Berlusconi etc.) in Rom ebenfalls bald dem steten Wechsel zum Opfer fallen werde wie andere Vorgänger seit dem katastrophalen Absturz der skandalumwitterten DCI. ...

Dietmar Süß in „KATHOLISCHE NACHRICHTENAGENTUR“ vom 21. März 2000:

Union auf Sinnsuche

... Umstritten bleibt, ob sich die Union weiter für das eine Drittel der deutschen Bevölkerung öffnen soll, das konfessionslos ist. Hans Maier, ehemaliger bayerischer Kultusminister und Politikwissenschaftler an der Ludwig-Maximilians-Universität, wünscht sich trotz der wachsenden Distanz zwischen Kirchen und christlichen Parteien einen intensiveren Dialog zwischen beiden einst eng verzahnten Institutionen. Zwar kann nach Einschätzung Maiers die christliche Soziallehre den komplexen Problemen der Globalisierung und gesellschaftlichen Differenzierung kaum mehr genügen, doch hält er die seelsorgliche Begleitung von Politikern für dringender denn je geboten. Besonders junge christliche Politiker hätten sich oftmals eine „gewissenlose Handhabe“ politischer Macht angeeignet, so Maier. Die „öffentlichen Minimaltugenden“ einzufordern, sei moralische Pflicht der Kirchen. Sie könnten auf diesem Wege „pädagogisch auf die christlichen Politiker einwirken“ und so verhindern, dass es in der Union zu Machtmissbrauch und Korruption komme. Von den Politikern der C-Parteien forderte Maier, sich mehr als bisher öffentlich zu ihrem Glauben zu bekennen und „artikulationsfähig zu werden“

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

- | | | |
|--------------|--------------|---|
| 22-3 | 2. - 4. 6. | Mensch - Recht - Staat Neujustierung politischer Konstellationen in der internationalen Politik? Leitung: Diemer/Piazolo Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 23-1* | 5. - 9. 6. | Politik im Netz Neue Medien und Politik Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Schröder/Gaiser Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 24-2 | 16. - 18. 6. | Moral und Politik - im Widerspruch? Aufgaben und Probleme im politischen Wandel Leitung: Diemer Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 24-3 | 13. - 15. 6. | Die Bundesrepublik im Umbruch - Chancen und Probleme In Zusammenarbeit mit der DAG Leitung: Diemer Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| 25-1 | 21. - 23. 6. | Ein Jahrzehnt wiedervereinigtes Deutschland In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Forschungsverbund SED-Staat Freie Universität Berlin. Tagungsort: Berlin Leitung: Oberreuter/März/Staadt Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
-
- | | | |
|-------------|--------------|--|
| 25-2 | 23. - 24. 6. | Ruf nach dem Staat - Nachruf auf den Staat? Leitung: Piazolo/Weber Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
|-------------|--------------|--|

Verliert der Staat an Einfluss auf die Gesellschaft? Oder erlaubt er sich im Gegenteil zu viele Eingriffe in das Leben der Bürger? Welche Steuerungsleistungen kann der Staat angesichts einer globalisierten Wirtschaft überhaupt noch erbringen? Wer bestimmt den staatlichen Handlungsrahmen - die Wirtschaft oder die politische Verfassung? Mit diesen Fragen sind einige Entwicklungstendenzen angesprochen, die im Rahmen der Tagung beleuchtet und diskutiert werden sollen: unter anderem die Anpassung des Staates an weltökonomische Bedingungen, die Auflösung der Autorität staatlicher Instanzen, die schwindende Bedeutung politisch ge-

setzten Rechts, die Abgabe staatlicher Kompetenzen auf supranationale Einrichtungen, der Einfluss von Banken und internationalen Konzernen auf die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten sowie ganz allgemein die Frage nach deren Zukunft als Akteure in der internationalen Politik.

Die Tagung ist interdisziplinär angelegt und soll Stimmen aus der politischen Theorie, der Wirtschaftswissenschaft, des Staatsrechts und der Lehre von der internationalen Politik zusammenführen, wobei konkrete Erfahrungen aus der praktischen Politik mit einbezogen werden.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- | | | |
|------|--------------|--|
| 26-1 | 26. - 28. 6. | Erziehungsgehalt und seine Bedeutung für die erwerbstätige Frau Chance für Eltern oder Risiko für Frauen? Leitung: Diemer Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 26-5 | 29.6. - 1.7. | Populismus in Europa: Zwischen Extremismus und Demokratie? Leitung: Maruhn Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |

Juli

- | | | |
|-------|--------------|---|
| 27-1 | 3. - 7. 7. | Deutschland im Wandel der europäischen und atlantischen Gemeinschaft Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Weber/Münchenbach Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 27-2* | 3. - 10. 7. | Germany Today Politische Landeskunde für nordamerikanische Lehrer Leitung: Grosch Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 28-1* | 10. - 14. 7. | „Die Vernunft der Nationen“: Die Außenpolitik des modernen Staates im Wandel Seminar mit Studenten der Universität Passau Leitung: Oberreuter/Sebaldt Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| 28-3 | 14. - 16. 7. | Kleiner, feiner, weiblicher? Effizienz und Gesicht der künftigen deutschen Streitkräfte Leitung: Maruhn Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| 28-5 | 16. 7. | Zukunft braucht Erinnerung Tetralog im Rahmen der Europäischen Wochen Passau mit Lea Rabl, Wladyslaw Bartoszewski, Michel Cullin, Joachim Gauck Leitung: Oberreuter Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47 |

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

H.Baerle@apb-tutzing.de R.Heinz@apb-tutzing.de
D.Hoerstke@apb-tutzing.de N.Riewendt@apb-tutzing.de

Die Akademie im Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- | | | |
|-------------|--------------|--|
| 29-1 | 17. - 21. 7. | Medienrecht und Gerichtsberichterstattung Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau Leitung: Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| 29-2 | 17. - 19. 7. | Konfliktbewältigung - aber wie? Europa und die NATO nach dem Kosovo-Krieg Leitung: Grosch Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |

August

- | | | |
|-------------|----------------|--|
| 31-1 | 31. 7. - 3. 8. | Fragen zur Zeitgeschichte - Probleme der Gegenwart Ferienseminar 1 für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen Leitung: Weber Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 35-1 | 29. 8. - 1. 9. | Populismus, Extremismus, Demokratie Zur Aktualität und Geschichte Ferienseminar 2 für Sozialkunde- und Geschichtslehrer/innen Leitung: Maruhn Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 35-2 | 29. 8. - 1. 9. | Aktuelle Herausforderungen der nationalen und internationalen Politik Ferienseminar 3 Leitung: Piazzolo Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

H.Baerle@apb-tutzing.de R.Heinz@apb-tutzing.de
D.Hoerstke@apb-tutzing.de N.Riewendt@apb-tutzing.de

Die Akademie im Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

| | | |
|-------|--------------|--|
| 35-3 | 1. - 3. 9. | Schuld und Verantwortung - die Rolle der Ethik in der Zeitgeschichte Leitung: Diemer Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 36-1 | 4. - 7. 9. | Die Entwicklung Europas - Konsequenzen und Umstellungen In Zusammenarbeit mit dem Verband des Landwirtschaftlich-technischen Dienstes in Bayern e.V. Leitung: Diemer Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 36-4 | 8. - 10. 9. | 10 Jahre Deutsche Einheit Kulturelle, soziale und politische Aspekte Leitung: Maruhn Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| 37-1* | 13. 9. | Berufskonsuln in Bayern zu Gast Leitung: Oberreuter/Denzer Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47 |
| 37-2 | 15. - 16. 9. | Deutschland - einig Medienland? In Zusammenarbeit mit dem Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR) Leitung: Schröder/Hörmberg Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |

Die friedliche Revolution in der DDR 1989 und der beginnende Prozess der deutschen Einheit 1990 veränderte auch die Medienlandschaft in Ostdeutschland: Die gelenkte Monopolpresse der SED und der Blockparteien wurde privatisiert und größtenteils an westdeutsche Verlage verkauft. Aus dem DDR-Fernsehen entwickelte sich im Übergang der Deutsche Fernsehfunk mit neuen Ideen und Experimentierfeldern. Seit dem 3. Oktober 1990 wurde "abgewickelt" und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der neuen Bundesländer entstanden. Kommerzielle regionale Hörfunkanbieter gingen auf Sendung.

Zehn Jahre später wollen wir mit unserer Tagung eine Zwischenbilanz ziehen:

- Wie haben sich die Märkte für Presse und Rundfunk entwickelt?
- Wie unterscheiden sich die Inhalte der Medien und die Gewohnheiten der Nutzer?
- Was ist übrig geblieben von originären ostdeutschen Entwicklungen und Modellen der Wendejahre?
- Welche Rolle spielen heute die Journalisten, die ihr Handwerkszeug unter DDR-Bedingungen gelernt haben?
- Haben die Medien ihre Aufgabe bei der deutsch-deutschen Integration und dem Zusammenwachsen erfüllt?

Mit Journalisten, Medienforschern und Pädagogen wollen wir diese Fragen diskutieren und laden Sie herzlich zum Gedankenaustausch ein.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

| | | |
|-------|---------------|---|
| 38-1 | 18. - 19. 9. | Blick über den Zaun Zuwanderung und Integrationskonzepte in Europa Leitung: Grosch Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| 38-3* | 19. - 21. 9. | Grenzenlose Märkte - und wo bleibt der Mensch? Leitung: Diemer/Weber Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| 38-4 | 21. - 22. 9. | Deutschland - Türkei: Zerrbilder im Spiegel der Medien? Leitung: Schröder/Quandt Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 39-1 | 25. - 29. 9. | Multimedia, Internet und virtuelle Welten Kunst und politische Bildung Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Schröder/Büchner Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 39-2 | 25. - 26. 9. | Demokratietraditionen in Deutschland Leitung: Denzer Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| 39-3 | 27. - 29. 9. | Sensation Südafrika Geschichte - Gesellschaft - Politik Leitung: Grosch Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 39-5 | 29.9. - 1.10. | Schlussstrich - Sinn oder Widersinn? Die Gegenwart des Vergangenen In Kooperation mit: Gegen Vergessen für Demokratie e.V. Leitung: Maruhn Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

H.Baerle@apb-tutzing.de R.Heinz@apb-tutzing.de
D.Hoerstke@apb-tutzing.de N.Riewendt@apb-tutzing.de

Die Akademie im Internet: www.apb-tutzing.de

Peter Hampe, Jürgen Weber (Hrsg.):
50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft
Eine Erfolgsstory vor dem Ende?
 Olzog Verlag GmbH, München, 1999,
 192 S., DM 19,80

Mit den gesammelten Weisheiten illustrierter Teilnehmer jener unzähligen Tagungen, zwanglos zwischen zwei Buchdeckel gepresst, ist das gewöhnlich so eine Sache. Üblicherweise kommt der wenig geneigte Leser schnell zu dem Urteil: Schade um die Bäume für's Papier. Dieses Bändchen allerdings bildet eine löbliche Ausnahme. Es versammelt die Beiträge nicht gerade wenig namhafter Autoren, von denen alle bis auf zwei auf einer Tagung der Politischen Akademie Tutzing anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Wirtschafts- und Währungsunion teilgenommen haben. Zwar sind wir vor der Millenniumswende ausgiebig traktiert worden mit Jahrhundert-Rückblicken jeglicher Art, aber es kann auch im Jahre eins des neuen Jahrhunderts durchaus nicht schaden, sich noch einmal der Grundlagen unseres heutigen wirtschaftlichen Daseins zu vergewissern. ...

Da kratzt zum Beispiel in bewährter Art der Mainzer Wissenschaftler und Erhard-Biograph Volker Henschel an der Legende des Vaters der „Sozialen Marktwirtschaft“, der, „kein in der Wolle gefärbter Liberaler“, den Begriff „sozial“ nicht als Programm, sondern eher als schmückendes Beiwerk verstanden habe. Auch der vortreffliche Mannheimer Wirtschaftshistoriker Christoph Buchheim räumt mit bundesdeutschen Selbstgefälligkeiten auf und spricht vom „Glück, dass Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg von den Amerikanern besetzt und weitgehend entmündigt worden war.“ ...

Christian von Weizsäcker obliegt es in diesem Band, den Reformbedarf des bundesdeutschen Sozialstaats anzumahnen: „Ich möchte die These aufstellen, dass der Sozialstaat, so wie er sich bei uns entwickelt hat, eine massive Hypothek für die Schaffung von Arbeitsplätzen darstellt.“ ...

Für den großen Spannungsbogen in diesem Band sorgen die beiden unverdrossenen Keynesianer der Republik, der Bremer Ökonom Rudolf Hickel und der ehemalige Lafontaine-Berater Heiner Flassbeck, die beharrlich die Sozialpartnerschaft verteidigen und die neoklassische Angebotspolitik von links kritisieren und der Nachfragetheorie eine Gasse bahnen möchten. ...

Wer Orientierungshilfe in Zeiten des Umbruchs sucht, ist mit diesen leserfreundlichen Beiträgen über die Ursprünge eines alles in allem erfolgreichen Modells Deutschland gut bedient.

Dagmar Deckstein
Süddeutsche Zeitung vom 4. April 2000

Jürgen Weber, Michael Piazzolo (Hrsg.):
Justiz im Zwiellicht
Ihre Rolle in Diktaturen und die Antwort des Rechtsstaats
 Günter Olzog Verlag, München 1998,
 358 S., DM 44,--

Der Band enthält die überarbeiteten Referate einer Tagung an der Akademie für Politische Bildung Tutzing. ... 20 Juristen und Historiker analysieren in fünf Kapiteln die Rolle der Justiz im Nationalsozialismus, im Faschismus (Italien, Spanien, Portugal), in den kommunistischen Diktaturen der UdSSR, Polens und der DDR. Ausführlich werden Möglichkeiten und Grenzen, besonders die Versäumnisse bei der Ahndung von Justizverbrechen durch den Rechtsstaat artikuliert. Mit umfänglichen Quellenhinweisen und weiterführenden Anmerkungen werden die mitunter brisanten und schockierenden Aussagen belegt. ...

Fazit: In allen Diktaturen war die Justiz (willfähriger) Handlanger der Politik und keineswegs unabhängig. Die juristische Ahndung dabei begangener Verbrechen blieb in allen Fällen unbefriedigend. Noch mehr: Unrecht wurde nachträglich mit rechtspositivistischen Begründungen in Recht uminterpretiert. Darunter muss das Vertauen in den Rechtsstaat leiden.

Deutschland-Archiv 2/2000, S. 310 ff.

Wird die DDR, die nach einem Wort von Roman Herzog ein Unrechtsstaat war, dank höchsttrichterlicher Entscheidungen heute post festum zum Rechtsstaat verklärt? Wer die Beiträge von Christoph Schaeffgen, Günter Spindel und Rudolf Wassermann gelesen hat, den überkommen solche Zweifel. Leider. Die Kritik an der Judikatur des Bundesgerichtshofes, zumal des 5. Senats, in Rechtsbeugungsverfahren gegen ehemalige DDR-Staatsanwälte und -Richter, speziell die Einengung der Strafbarkeit auf „schwere Menschenrechtsverletzungen“, stimmt nachdenklich. Als Generalstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin, als renommierter Strafrechtslehrer im Ruhestand, als Oberlandesgerichtspräsident a.D. nehmen die drei Autoren zwar aus sehr verschiedener Perspektive wahr, wie schwer sich die rechtsstaatliche Justiz heute im Umgang mit dem staatlichen Unrecht der DDR tut, aber im Ergebnis ihrer Kritik stimmen sie überein. „Unvertretbare Gesetzesauslegung“, „unerträgliches Mißverhältnis zwischen Tat und Strafe“ - das sind die Stichworte. ...

Fazit: Solide Information, faktengesättigte Analyse, kritischer Kommentar. Nicht nur Juristen erwartet eine Lektüre, die sich lohnt.

Karl Wilhelm Fricke
Gegen Vergessen Nr. 21/1999

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter war zu Vorträgen, Hearings und Diskussionsveranstaltungen u.a. in Berlin, Dresden, München, Wildbad Kreuth und im Stift Tepl (CS) bei den Marienbader Gesprächen. Der SFB sendete einen Vortrag über „Die Inszenierung der Politik in den Medien“.

KURATORIUM

Prof. Ursula Männle ist seit April d.J. Mitglied des Bayerischen Landtags.

BEIRAT

Als Nachfolger von **Heribert Nehyba** ist **Dr. Wulf Treiber** für den Bayerischen Bauernverband in den Beirat berufen worden. Wir danken Herrn Nehyba für seine langjährige engagierte Mitarbeit.

KOLLEGIUM

Klaus Grosch hielt bei der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung in Zschortau (bei Leipzig) einen Vortrag vor Stipendiaten aus Dritte-Welt-Ländern über die Deutsche Vereinigung und deren Folgen.

Dr. Peter Hampe hält im Sommersemester 2000 an der Münchner Hochschule für Politik eine Lehrveranstaltung zum Thema: Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Zusammen mit **Klaus Grosch** hielt er an der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer vor Experten aus Armenien, Tadschikistan und Usbekistan einen Vortrag über die Vereinigung Deutschlands und die bisherigen Transformationserfahrungen.

Dr. Uwe Kranenpohl, Persönlicher Referent des Direktors, ist zum 31. 3. 2000 ausgeschieden und an die Universität Passau zurückgekehrt.

Akademie im Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

Aktuelle Themen und Termine, die neuesten Programme und Informationen zur Akademiearbeit. Und online anmelden!

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme: (aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ.....Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing